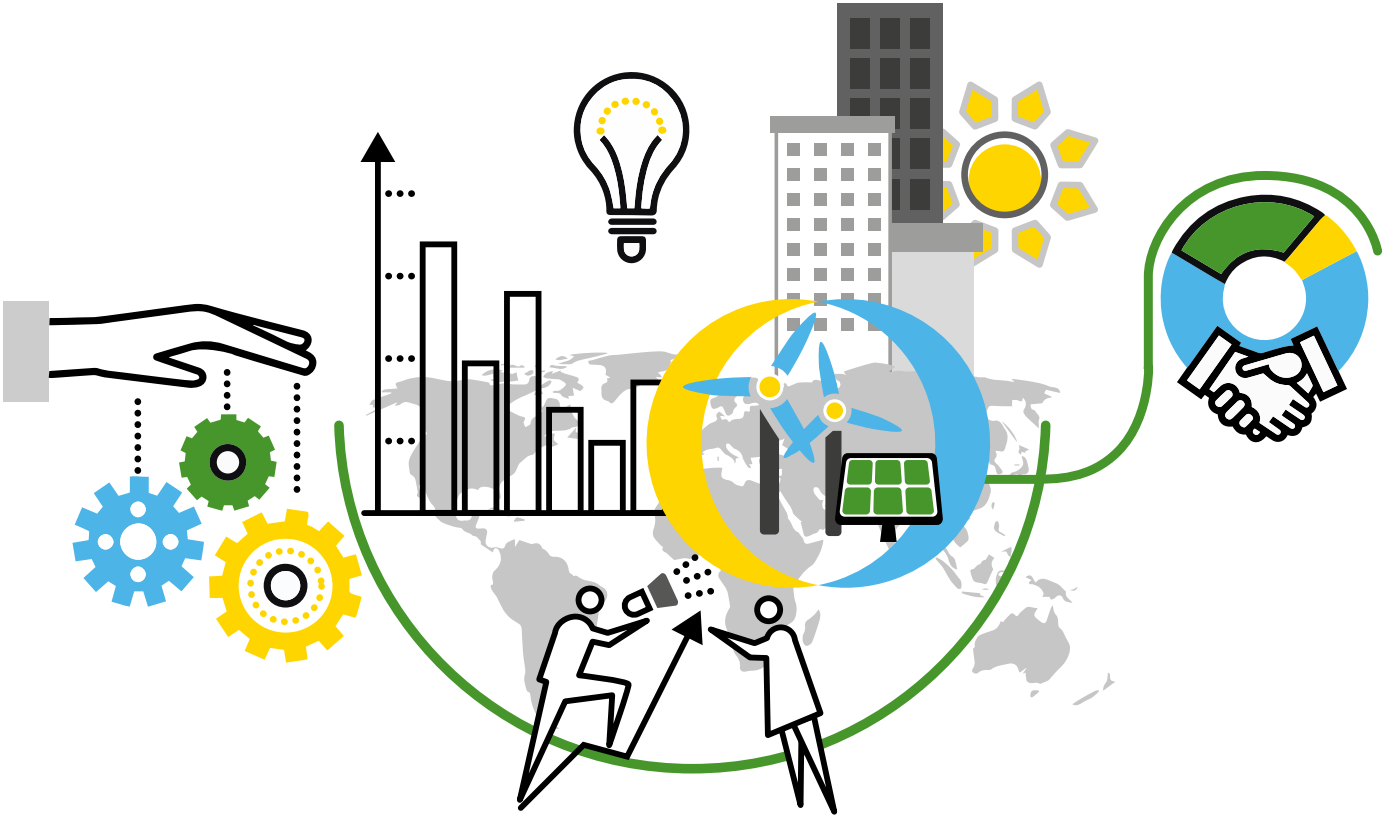
GRÜNER
WIRTSCHAFTS
DIALOG



Jahresbericht 2023

Inhalt des Berichts

VORWORT
von Dr. Thomas Gambke & Gabriele C. Klug 4

GRUßWORT
aus der Wirtschaft von Michael Kotzbauer 7

GRUßWORT
aus der Politik von Dr. Danyal Bayaz 8

UNSER AUFTRAG 10

VORSTAND & BEIRAT 12

TEAM 14

THEMEN & FORMATE 16

VERANSTALTUNGEN 18

REGIONALFOREN 22

AKTUELLE SCHWERPUNKTTHEMEN 26

Bauen & Wohnen 28

Energie 34

Forschung & Innovation 42

Gesundheitswirtschaft 48

Global Perspectives 54

Landwirtschaft & Ernährung 60

Mobilität 66

Modernes Regieren 72

Neue Arbeit & Neue Qualifikation 76

Rohstoff- & Kreislaufwirtschaft 82

Security & Defence 88

Sustainable Finance 92

ENTWICKLUNG 98

AUSBLICK
von Katharina Krüger 108

Fünf Jahre Grüner Wirtschaftsdialog

Von der Gründung bis heute

Den Dialog führen zur Umsetzung der Transformation hin zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft – das war vor nunmehr fünf Jahren Idee und Auftrag an die Gründerinnen und Gründer des Grünen Wirtschaftsdialogs, sowohl aus der grünen Politik als auch von vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, Managerinnen und Managern. Kein geringerer als der damalige stellvertretende Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und heutige Wirtschaftsminister sowie Vizekanzler Robert Habeck drängte darauf, den Begriff „Dialog" im Vereinsnamen zu verankern. Und es waren zunächst vor allem mittelständische Unternehmen, die diese Initiative unterstützten, die geboren wurde aus einem Gesprächskreis in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Verbunden mit dieser Zielsetzung war das klare Bekenntnis zur Marktwirtschaft. Der oft zitierte Grundsatz lautete: „Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben."

Es war dem Gründungsteam des GWD dabei auch ein wichtiges Anliegen, die Ebenen Europa sowie der Länder und Kommunen in die Veranstaltungen einzubinden. Die Gastgeberin des Gründungstreffens in der Landesvertretung Schleswig-Holstein Monika Heinold, als Nachfolgerin Habecks stellvertretende Ministerpräsidentin und Finanzministerin in Schleswig-Holstein, bekräftigte in ihrer Stellungnahme den Gestaltungsanspruch auch der Länder. Und es war immer wieder der EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer, der auf die Bedeutung Europas für die Transformation hinwies – zu Recht, wie die so wichtigen Gespräche zu Entscheidungsfindungen in der EU in fast allen Politikbereichen jeden Tag beweisen. Immer war klar, dass es ums Umsetzen gehen wird und nicht (nur) um das Aufzeigen und die Einigung zu den übergeordneten Zielen der Transformation. Es war daher kein Zufall, dass das Führungsduo aus uns beiden bestand: Thomas Gambke mit langjähriger internationaler Erfahrung als Industriemanager, Wirtschaftspolitiker und Bundestagsabgeordneter, und Gabriele Klug als 2. Vorsitzende und Geschäftsführerin, mit umfassenden Erfahrungen als Landes- und Kommunalpolitikerin und Kompetenzen u. a. als vormalige Stadtkämmerin von Köln in Finanz- und Rechtsfragen. Zusammen mit einem breit aufgestellten und hochengagierten Vorstand konnten wir so den Aufbau des Grünen Wirtschaftsdialogs in den zurückliegenden fünf Jahren erfolgreich vorantreiben.

So werden wir nach fünf Jahren einer steilen und teilweise stürmischen Aufbauarbeit jetzt in einer gefestigten Struktur, unterstützt von einem hervorragenden Team, den Dialog weiter ausbauen. Fast täglich erreichen uns Anregungen und motivierende Inspirationen aus den Unternehmen, den Dialog zu intensivieren, neue Themen aufzugreifen und vor allem ordnungspolitische Rahmenbedingungen weiter zu entwickeln, damit nicht nur die wirtschaftlichen Chancen der Transformation genutzt, sondern vor allem damit die wichtigen Ziele der Nachhaltigkeit – ganz besonders der Klimaschutz – erreicht werden. Das ist eine anstrengende Arbeit, aber sie wird immer wieder belohnt mit dem positiven Feedback aus Unternehmen, Gesellschaft und grüner Partei. Wenn es immer wieder gelingt, die so komplexen und viele unterschiedliche Bereiche betreffenden energiepolitischen Fragestellungen

transparent zu machen; wenn wir die bevorstehende Revolution im Bereich der Mobilität konkret vor dem Hintergrund technologischer Entwicklungen und gesellschaftlicher Veränderungen beschreiben können oder auch die Bedeutung der digitalen Technologien und Anwendungen der künstlichen Intelligenz in Gesundheitswirtschaft oder dem Agrar- und Ernährungssektor in die politischen Entscheidungsgremien tragen konnten: Dann ist dies das Verdienst eines Dialogs, der sich stets durch eine branchenübergreifende Diskussion und die gesamte – oft internationale – Wertschöpfungskette in den Blick nehmende Debatte auszeichnet. Der GWD ergänzt so die wertvolle Arbeit der Verbände und Einzelgespräche zwischen Politik und Unternehmen. Denn nur in der stets neu definierten und aufgrund der Fragestellung neu zusammengesetzten Teilnehmerschaft lassen sich die ständig wechselnden Herausforderungen begegnen. Wir sind unseren Mitgliedern zu Dank verpflichtet, dass sie diese Arbeit immer konstruktiv und durch Mitwirkung in den verschiedenen Formaten tragen. Das gilt insbesondere auch mit Blick auf die strukturellen Veränderungen, die die weitere Intensivierung des Dialogs zwischen Unternehmen und Politik zum Ziel haben. Das wird nun auch einen Wechsel einiger Vorstandsmitglieder bedeuten, die sich aber ausnahmslos dem wichtigen Ziel weiterhin verpflichten: die Transformation hin zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft erfolgreich für die Menschen in diesem Land zu gestalten.

DR. THOMAS GAMBKE
Vorsitzender

GABRIELE C. KLUG
2. Vorsitzende

Grußwort aus der Wirtschaft

Die Wirtschaft in Deutschland und weltweit steht vor Umbrüchen in noch nie dagewesenem Ausmaß: Die strategischen Herausforderungen, die vor uns liegen, werden eines Tages sicherlich zu den größten seit der Industrialisierung zählen. Die grüne und die digitale Transformation sind jedoch nicht mehr nur Zukunftsmusik: Die Unternehmen haben sich schon längst auf den Weg gemacht. In allen Teilen der Wirtschaft sind die Umstellungsprozesse in vollem Gange.

So viel Veränderung erzeugt auch Verunsicherung; das ist nur allzu verständlich. Doch ich bin optimistisch. Aller Schwierigkeiten zum Trotz punktet der Standort Deutschland unverändert durch Agilität und Innovation. In der Commerzbank sind wir stolz auf viele unserer Kunden: Viele von Ihnen bauen in ihren Feldern u.a. Technologieführerschaften aus. Die doppelte Transformation ist dabei längst nicht mehr nur ein Anspruch, die Politik und Gesellschaft an die Wirtschaft stellen. Auch angesichts der geopolitischen Dynamiken wird klar, dass digitale und klimafreundliche Geschäftsprozesse mittlerweile zu einer Frage der globalen Wettbewerbsfähigkeit geworden sind. Das gilt für unser Land, für unsere Kunden und für uns selbst gleichermaßen.

Der Finanzsektor in Europa nimmt sich dieser strukturellen Aufgabe an. Benötigt werden dafür grundlegende politische Weichenstellungen. Denn es wird nicht allein darauf ankommen, Innovationen zu entwickeln. Sie müssen auch schnell in das Wirtschaftsgeschehen integriert werden. Das erfordert öffentliche und private Investitionen, zum Beispiel in die Infrastruktur, das betriebliche Anlagevermögen, in den Wohnungsbau und in klimaneutrale Mobilitätslösungen.

MICHAEL KOTZBAUER
Mitglied des Vorstands, Commerzbank AG

Für Europa rechnet die EU-Kommission mit einem jährlichen Finanzierungsbedarf von 650 Milliarden Euro bis 2030. Klar ist, dass diese Summe kaum aus den öffentlichen Haushalten allein bestritten werden könnte.

Das Gelingen von Energiewende & Co. erfordert auch die Mobilisierung privaten Kapitals. Dank der teilweise schmerzhaften Restrukturierungen nach der Finanzkrise sind die Banken in Deutschland und Europa deutlich stärker. Sie können ihre Kunden strategisch und mit Finanzierungen bei der Transformation begleiten. Es braucht jedoch mehr Möglichkeiten, Risiken zu tragen – um Chancen zu nutzen! Deshalb kommt es im Jahr 2024 darauf an, insbesondere die Kapitalmärkte

zukunftsfähig zu machen. Europa muss zu einem attraktiven Anlageziel für private Anlagegelder und institutionelle Investoren werden. Hierfür sollte vor allem die politisch angestrebte Belebung des europäischen Verbriefungsmarktes ins Zentrum der europäischen Politik rücken. Deutschland und Frankreich haben hier in diesem Jahr bereits vorgedacht. Im kommenden Jahr müssen wir nun einen wichtigen Schritt hin zu einem gemeinsamen Kapitalbinnenmarkt machen.

Nachhaltigkeit hat immer eine ökonomische, ökologische und eine soziale Dimension. Wir sind dankbar, dass der Grüne Wirtschaftsdialog eine Plattform für alle drei Komponenten bietet. Wir freuen uns, mit Wirtschaft, Wissenschaft und Politik intensiv zu diskutieren. Gerne auch kontrovers! Denn das Ziel des demokratischen Diskurses ist es auch, die bestmöglichen Wege zum Erreichen unserer gemeinsamen Ziele zu finden. Machen wir uns also an die Arbeit.

Grußwort aus der Politik

2023 ist eine alte Debatte neu entfacht: Ist die Bundesrepublik der kranke Mann Europas? Unser Wachstum schwächelt, bei der Digitalisierung sind wir Mittelmaß und die Klagen über unsere Bürokratie sind laut. Hinzu kommen die Kosten für den Umbau unserer Energieversorgung.

All das müssen wir ernst nehmen. Trotzdem würde ich kein so düsteres Bild der Lage malen. Die Produkte und Dienstleistungen unserer Unternehmen sind überall auf der Welt gefragt, die Innovationskraft deutscher Unternehmen nach wie vor hoch.

Aber wir dürfen die Warnsignale nicht selbstzufrieden ignorieren. Business as usual wäre naiv und gefährlich. Notwendige Reformen sind zu lange verschleppt worden. Durch den Angriff Russlands und seine geoökonomischen Folgen ist der

DR. DANYAL BAYAZ

Minister für Finanzen des Landes Baden-Württemberg

Handlungsdruck für Reformen weiter gestiegen. Die Abhängigkeit von China macht zudem die Bedeutung europäischer Souveränität deutlich.

Hinzu kommt die Anpassung unseres Geschäftsmodells an die Anforderungen des Klimawandels. Für die nötigen Investitionen in den Umbau unserer Industriegesellschaft braucht es private Investitionen, denn unsere staatlichen Mittel reichen dafür nicht aus. Unternehmen wissen, wo Investitionen am besten wirken und neue Technologien, Märkte und Geschäftsmodelle entstehen. Natürlich braucht es auch staatliche Investitionen wie z. B. in Bildung, Infrastruktur und eine funktionierende, digitale Verwaltung. Aber Politik ist vor allem gefordert, die richtigen Anreize und einen guten Ordnungsrahmen zu setzen.

In Baden-Württemberg gehen wir mit unserem Gesetz zur nachhaltigen Geldanlage, das sich konsequent am 1,5-Grad-Ziel orientiert, voran, um dem Kapitalmarkt eine Richtung zu geben. Und in der Digitalisierung zeigt das Beispiel der Kooperation des Heidelberger KI-Startups Aleph-Alpha mit Bosch, SAP, der Schwarz-Gruppe und anderen, dass etablierte Unternehmen auch bereit sind, große Summen an Risikokapital für Innovationen und Fortschritt zu investieren.

Ein weiterer Punkt: Der Abbau von Bürokratie und die Beschleunigung von Verfahren müssen massiv vorangetrieben werden. Das ist anstrengend, das ist kleinteilig, schließlich haben wir es mit einem jahrelang gewachsenen Vorschriftendickicht zu tun. Das ist ein langwieriger und zäher Prozess, in dem wir Ausdauer, aber auch den Mut zur „regulatorischen Lücke" haben müssen. Die LNG-Terminals dürfen keine Ausnahme bleiben, ihre Umsetzungsgeschwindigkeit muss zur Regel werden. Daneben dürfen wir nicht vergessen, weitere Weichen für die Zukunft zu stellen. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung hat uns dazu jüngst ein paar unbequeme Wahrheiten ins Stammbuch geschrieben.

Die gute Nachricht ist: Wir haben alle Instrumente, die wir brauchen, um die Transformation zu einer Erfolgsgeschichte zu machen: gut ausgebildete Fachkräfte, hochinnovative Unternehmen, starke Gewerkschaften. Und wir sind ein reiches Land mit viel privatem Kapital. Wir haben zudem eine sehr engagierte Zivilgesellschaft und – anders als es manchmal den Eindruck macht – eine starke demokratische Mitte, die Lust auf Zukunft statt auf Kulturkämpfe hat. Das ist viel Wert in dieser Zeit.

Damit das so bleibt, braucht die Politik den Austausch mit den Unternehmen. Deswegen sind Organisationen wie der Grüne Wirtschaftsdialog wichtig. Im direkten Austausch und in anderen geeigneten Formaten kann Politik ausloten, wo die Grenzen des Mach- und Zumutbaren liegen. In diesem Dialog dürfen wir uns auch immer wieder gegenseitig irritieren, um zu neuen, zu klügeren Entscheidungen zu kommen. Denn das ist das Salz in der Suppe des Fortschritts.

Gemeinsam die Transformation gestalten

Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik

Als parteiunabhängiger Zusammenschluss von Unternehmen und Personen setzen wir uns für eine bessere Verständigung und offene Kommunikation zwischen der Wirtschaft und der Politik im Allgemeinen sowie Entscheidungsträger:innen von Bündnis 90/Die Grünen im Besonderen ein. Dabei binden wir alle politischen Ebenen in die Gespräche ein: Bund, Länder, Kommunen, aber auch und ganz besonders Europa. Unternehmerische Entscheidungen unterliegen anderen Perspektiven und Zeithorizonten als politische. Als Brückenbauer zwischen Wirtschaft und Politik wollen wir Verständnis für politische und unternehmerische Beweggründe sowie Rahmenbedingungen für die ökologisch-soziale Transformation schaffen. Unser übergeordnetes Ziel ist und bleibt es, Maßnahmen für den Weg in eine umfassend nachhaltige Wirtschaftsweise konstruktiv-kritisch zu diskutieren, gemeinsam zu erarbeiten und Impulse für ihre Umsetzung zu geben.

Nachhaltiges Wirtschaften

Unter einer umfassend nachhaltigen Wirtschaft verstehen wir ein System, das nicht nur die endlichen Ressourcen unseres Planeten und die Notwendigkeit zur Erreichung der Klimaziele des Parisabkommens im Blick hat, sondern auch Verantwortung für die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen seiner Aktivitäten übernimmt. Im Mittelpunkt stehen für uns neben den ökologischen Gesichtspunkten daher auch die Befähigung und die freie Entfaltung der Menschen, Chancengleichheit sowie gesellschaftlicher Zusammenhalt. Die soziale Marktwirtschaft muss deshalb zu einer zukunftsfähigen, ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. Wir erkennen darin ein Versprechen auf eine bessere Zukunft Aller – das treibt uns an.

Gezielte Projekte für konkrete Maßnahmen

Die Zukunft der Wirtschaft und vor allem der Produktion und ihrer Produkte muss nachhaltig, klimaschonend, ressourcen- und energieeffizient sein. Dazu wollen wir die Chancen von neuen Technologien, insbesondere der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz nutzen. Die ökologisch-soziale Transformation ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten müssen. Als Grüner Wirtschaftsdialog sind wir eine Plattform für den dazu notwendigen Austausch und unterstützen so diesen Prozess. Hierfür haben wir strategische Schwerpunkte definiert, die wir in unseren Dialogformaten bearbeiten, um somit zum Erfolg der Transformation beizutragen.

Vorstand

DR. THOMAS GAMBKE

Vorsitzender | Unternehmer | ehemaliger MdB sowie Mittelstandsbeauftragter der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (2009 – 2017)

GABRIELE C. KLUG

2. Vorsitzende | Rechtsanwältin | Stadtkämmerin a.D. der Stadt Köln

BERND GEILEN

Vorm. Stellv.
Vorstandsvorsitzender der ING-DiBa AG

ANNETTE HERING

Unternehmensleitung HERING GmbH & Co. KG Verwaltungsgesellschaft

BARBARA HOFFMANN

Gesellschafterin und Geschäftsführerin 3D GmbH Steuerberatungsgesellschaft

AMIR ROUGHANI

Gründer und CEO VISPIRON Gruppe

HEIDI SCHILLER

Vorm. Geschäftsführende Gesellschafterin der Kaito Projekt GmbH

ROLAND SCHÜREN

Inhaber „Ihr Bäcker Schüren" | Geschäftsführer Ladepark Kreuz Hilden

Beirat

JÖRG ASMUSSEN
Hauptgeschäftsführer
GDV

PROF. DR. LARS FELD
Leiter Walter Eucken Institut
Universität Freiburg

THIEMO FOJKAR
Vorstandsvorsitzender IB und IB
Stiftung, Präsident des EVBB

RALF FÜCKS
Geschäftsführ. Direktor
Zentrum Liberale Moderne

DR. MARGARETE HAASE
Mitglied des Aufsichtsrats
Fraport AG / ElringKlinger AG

SONJA JOST
Gründerin und CEO von
DexLeChem

SYLVIA LÖHRMANN
stellv. MP & M'in für Schule und
Weiterbildung NRW a.D.

DR. FELIX MATTHES
Forschungskoordinator Energie-
und Klimapolitik Öko-Institut

DR. STORMY-A. MILDNER
Direktorin Aspen Institute

DR. MARC-OLIVER PAHL
Generalsekretär Rat für
Nachhaltige Entwicklung (RNE)

JOCHEN PARTSCH
Oberbürgermeister der Stadt
Darmstadt (bis 2023)

FLORIAN RENTSCH
Vorstand Verband der
Sparda-Banken e.V.

DR. DIETER SALOMON
Hauptgeschäftsführer IHK
Südlicher Oberrhein

MONIKA SCHULZ-STRELOW
Präsidentin FidAR e.V.

MICHAEL VASSILIADIS
Vorsitzender IG BCE

MARGARETA WOLF
Geschäftsführerin Kontext Mitte,
StS a.D. BMWi, BMU

Team

Geschäftsleitung

KATHARINA KRÜGER
Geschäftsführerin |
Leiterin Repräsentanz Berlin

CHRISTIAN FORSTER
Leiter Programmentwicklung

HAGEN PIETZCKER
Leiter Strategische Kommunikation |
Pressesprecher

INFORMIEREN

DEBATTIEREN

KONZIPIEREN

Stand: Dezember 2023

Team

ANNA CEBOTAREVA
Referentin für Programm-entwicklung | Koordination Regionale Aktivitäten

ALINA KOKORINA
Büro Vorstand und Geschäftsführung

LAURA MOLINA
Referentin für Programm-entwicklung | Koordination Themenreferent:innen

MONIKA ORDON
Buchhaltung

JONAS WELL
Referent Programmentwicklung | Kontaktstelle Wissenschaft

LARISSA ZAPPE
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

ANTONIA VON ZELBERSCHWECHT
Referentin Mitgliedermanage-ment | Koordination Büro Vorstand und Geschäftsführung

MARCO LOTZ
Freier Mitarbeiter, Security & Defence

ANNIKA BOGASCHEWSKY
Themenreferentin | Studentische Mitarbeiterin

EMIL HALM
Themenreferent | Studentischer Mitarbeiter

AARON NEITZKE
Themenreferent | Studentischer Mitarbeiter

MARLEN REBMANN
Themenreferentin | Studentische Mitarbeiterin

Aktuelle Schwerpunktthemen

Bauen & Wohnen

Energie

Forschung & Innovation

Gesundheitswirtschaft

Global Perspectives

Landwirtschaft & Ernährung

Mobilität

Modernes Regieren

Neue Arbeit & Neue Qualifikation

Rohstoff- & Kreislaufwirtschaft

Security & Defence

Sustainable Finance

Dialogformate

Im Grünen Wirtschaftsdialog arbeiten wir projektbezogen an konkreten Lösungen für komplexe Herausforderungen im Kontext der ökologisch-sozialen Transformation. Definierte Sach- und Zeitziele sowie ein strukturiertes Nachverfolgungsmanagement prägen unsere Methodik.

Zur Sondierung von Schwerpunktthemen wird zu Strategiegesprächen eingeladen. Vorwiegend kommen unsere Mitglieder in regelmäßig stattfindenden Fachforen zusammen. Vertreter:innen aus der Wirtschaft sowie Politiker:innen von Bündnis 90/Die Grünen diskutieren hier im vertrauensvollen Rahmen klar umrissene Themen. Hier können auch Positions- oder Standpunkt-Papiere mit Handlungsempfehlungen entstehen und veröffentlicht werden. Fachforen finden bei kurzfristig drängenden Themen auch als Ad-hoc-Foren statt.

Ein weiteres Format ist der regelmäßig und digital stattfindende LunchTimeTalk, bei dem jeweils ein bis zwei Gäste zu einem bestimmten Fachthema geladen werden. Darüber hinaus organisiert der GWD Spezialformate wie den GreenTea-TimeTalk, bei dem herausragende Persönlichkeiten vor und mit geladenem Publikum themenübergreifend diskutieren.

Oftmals gibt es bei der Umsetzung von wirksamen Transformationsstrategien auf Landesebene unterschiedliche Herausforderungen. Daher bedarf es auch auf regionaler Ebene eines offenen Dialogs. Zu diesem Zweck veranstalten wir zunehmend Regionalforen mit Akteur:innen der Landespolitik.

Veranstaltungen

Januar

24. Januar
REGIONALFORUM
Nordrhein-Westfalen

Februar

8. Februar
FACHFORUM
Kurzfristige Möglichkeiten und Herausforderungen in der CCS-Anwendung

16. Februar
FACHFORUM
Digitale Landwirtschaft:
Potentiale nutzen – Risiken minimieren

16. Februar
FACHFORUM
Innovationsstandort Deutschland in der Zeitenwende

März

7. März
REGIONALFORUM
Niedersachsen

15. März
FACHFORUM
Ernährungswirtschaft

23. März
FACHFORUM
Regionale Energiewende

27. März
FACHFORUM
CCS und Wasserstoff

28. März
LUNCHTIMETALK
Zeitenwende, Systemwettbewerb und Chinapolitik – Wie gestalten wir Europas wirtschaftliche Zukunft?

28. März
REGIONALFORUM
Nordrhein-Westfalen

29. März
VORTRAGSABEND
mit Michael Scharfschwerdt

30. März
TRANSFORMATIONSKOMPASS
Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Deutschland

April

3. April
GWD-SALON
mit Prof. Dr. Johan Rockström

11. April
FACHFORUM
Altersvorsorge

12. April
FACHFORUM
Kreislaufwirtschaft

17. April
AD-HOC MEETING
Kapitalmärkte

27. April
AD-HOC FORUM
Industriestrompreis

Mai

11. Mai
FACHFORUM
Nachhaltiges Bauen

16. Mai
FACHFORUM
Defizite in der geschlechts-spezifischen Medizin

17. Mai
FACHFORUM
Neue Arbeit & Neue Qualifikation

22. Mai
FACHFORUM
Mobilität

24. Mai
GREENTEATIMETALK
Diversität in Führungspositionen

26. Mai
FACHFORUM
Regionale Energiewende

Juni

8. Juni
AD-HOC FORUM
Chancen und Risiken der Künstlichen Intelligenz

13. Juni
FACHFORUM
Nachhaltiges Bauen

26. Juni
FACHFORUM
CCS/CCU und die Carbon Management Strategie der Bundesregierung

Juli

20. Juli
AD-HOC FORUM
Energieversorgung der Industrie in Deutschland

26. Juli
FACHFORUM
Digitalisierung in der Landwirtschaft

27. Juli
REGIONALFORUM
Bayern

August

3. August
AD-HOC FORUM
Mobilitätsdatengesetz

September

6. September
FACHFORUM
Der Europäische Gesundheitsdatenraum – Ein Zugewinn für das Patientenwohl?

8. September
FACHFORUM
International Digital Strategy – Perspectives from Kenya and Rwanda

15. September
FACHFORUM
Vereinbarkeit von Familie und Beruf – Erfolgsfaktor für den Arbeitsmarkt der Zukunft

20. September
FACHFORUM
EU-Mercosur Association Agreement – Navigating Economic Opportunities and Climate Challenges

22. September
FACHFORUM
Digitalisierung der Verwaltung

25. September
FACHFORUM
Grüne Gentechnik: Fluch oder Segen für die klimaangepasste Landwirtschaft?

Oktober

10. Oktober
REGIONALFORUM
Nordrhein-Westfalen

19. Oktober
FACHFORUM
Ein Jahr deutsches Lieferkettengesetz – Auswirkungen, Fortschritte, Unsicherheiten?

20. Oktober
GREENTEATIMETALK
Quantencomputing: Von der Forschung in die Praxis

23. Oktober
FACHFORUM
Die neuen nationalen und europäischen Regelungen zu Verpackungen und Verpackungsentsorgung

24. Oktober
REGIONALFORUM
Rheinland-Pfalz, Hessen, Saarland

27. Oktober
AD-HOC FORUM
Deutschlands zukünftige Wasserstoffinfrastruktur

November

7. November
FACHFORUM
Die Empfehlungen der Fokusgruppe Altersvorsorge: Meilenstein oder Placebo?

14. November
FACHFORUM
Der Europäische Gesundheitsdatenraum: Arbeitsgruppensitzung

17. November
FACHFORUM
Digitale Landwirtschaft als Praxisbeispiel für interministeriale Zusammenarbeit

28. November
FACHFORUM
Die Zukunft der wehrhaften Demokratie

30. November
REGIONALFORUM
Sachsen

Dezember

14. Dezember
GREEN CRUNCH
Zukunftswerkstatt

Regionalforen

Die strategische Ausweitung der regionalen Aktivitäten des GWD konnte 2023 in zahlreichen regionalen Veranstaltungen ihren Widerhall finden.

Die Regionalgruppe NRW lud im Januar zu einem Austausch mit der Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie stellvertretenden Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen **Mona Neubaur MdL** in Düsseldorf ein, um eine CO2-freie Zukunft des Bundeslandes zu diskutieren. Strategien für den Wasserstoff-Hochlauf wurden dort ebenso angesprochen wie das Potential von CCS/CCU-Technologien.

Im März fanden die „Rheinlandgespräche" in Köln statt. Gemeinsam mit **Udo Sieverding,** Abteilungsleiter Mobilität der Zukunft im NRW-Landesministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, **Gisela Kohl-Vogel,** Präsidentin der IHK Aachen, sowie **Wibke Brems MdL,** Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion, wurden dort „Verbesserung & Transformation von Verkehr und Logistik im Rheinland" in den Fokus des Dialogs gerückt.

Das Thema der Veranstaltung mit **Simon Rock MdL** im Oktober war die Transformationsfinanzierung – vor allem die Frage, wie kleinen und mittelständischen Unternehmen der Zugang zu privatem Transformationskapitel erleichtert werden kann.

Die Regionalgruppe Niedersachsen widmete sich dem Thema Energiewende: Im Austausch mit dem Niedersächsischen Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz **Christian Meyer MdL** sowie **Sina M. Beckmann MdL** und **Susanne Menge MdB** im März wurde das Potential Niedersachsens in Hinblick auf grüne Industrie beleuchtet.

Christian Meyer MdL

Wir wollen grüne Industrie in Niedersachsen wieder groß machen. Das war schon einmal so, aber heute kommen mehr als 90% der Solaranlagen, Vorprodukte und PV-Modulteile aus China. Nach russischem Gas rutschen wir so in die nächste Abhängigkeit. Das wollen wir vermeiden und darum die Produktion wieder hier bei uns ansiedeln, so steht es auch im Koalitionsvertrag. Das ist vor allem für das hiesige Handwerk eine riesige Chance, vom Ausbauziel von 1,5 GW Windenergie pro Jahr zu profitieren.

Niedersächsischer Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Zur Erreichung der Klimaschutzziele sind erhebliche Investitionen bei Unternehmen notwendig. Studien schätzen diesen Kapitalbedarf auf rund 80 Mrd. Euro pro Jahr allein für Nordrhein-Westfalen. Um diesen Investitionsbedarf vornehmlich bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu decken und hierzu passende Finanzierungspartner zu finden, hat das Land NRW die Initiative Fin.Connect. NRW aufgebaut, um Kapitalgeber und Kapitalnehmer besser miteinander zu vernetzen. Denn nur im passenden Zusammenspiel mit privaten Finanzinstitutionen wird die Transformationsfinanzierung und damit der klimaneutrale Umbau unseres Wirtschaftssystems gelingen.

Sprecher für Haushalt und Finanzen der
Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in NRW

Simon Rock MdL

Der regionale Dialog in Bayern wurde bei einem Treffen im Juli wieder aufgenommen. Gemeinsam mit der Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bayerischen Landtag **Katharina Schulze MdL** wurde in den Räumlichkeiten der Messe München die Zukunft des Wirtschaftsstandorts Bayern debattiert. Dabei identifizierten die Teilnehmenden verschiedene Aspekte, die in der Folgeveranstaltung in den Fokus gerückt werden sollten. Dazu gehört der Ausbau des ÖPNV und ländlichen Gebieten und die Umsetzung der regionalen Energiewende.

Die regionale Energiewende stellte auch den Schwerpunkt der zweiten Veranstaltung der Regionalgruppe Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland dar. Im Oktober kamen Wirtschaftsvertreter:innen aus der Region zum Dialog mit **Michael Hauer,** Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität des Landes Rheinland-Pfalz, sowie **Fabian Ehmann MdL** in Mainz zusammen, um unter anderem über Möglichkeiten der Entbürokratisierung und die Chancen von regionalen Energie-Kooperationen zu diskutieren.

Katharina Schulze MdL

In unserer Zeit der multiplen Krisen gibt es keine einfachen Antworten. Die nächsten Jahre werden eine Herausforderung für uns alle. Wir können uns keinen Stillstand in Bayern leisten. Vor allem bei der Energiewende, beim Arbeitskräftemangel und der Digitalisierung müssen wir einen Sprint hinlegen, um Verschlepptes aufzuholen! Die Basis für diesen Sprint, und damit für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort, ist eine starke Demokratie.

Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen
im Bayerischen Landtag

© MKUEM / Feisel Grombali

Michael Hauer

Wenn wir von Regionaler Energiewende sprechen, sprechen wir zwangsläufig auch von der Stärkung von wirtschaftlichen Standortfaktoren. Es muss daher klar sein, dass wir die Infrastruktur für erneuerbare Energien parallel zu den Produktionskapazitäten aufbauen müssen, ein nacheinander können wir uns nicht leisten. Die Bedarfe der Industrie sind ebenso von zentraler Bedeutung, wie die Bedarfe der Endverbraucher*innen.

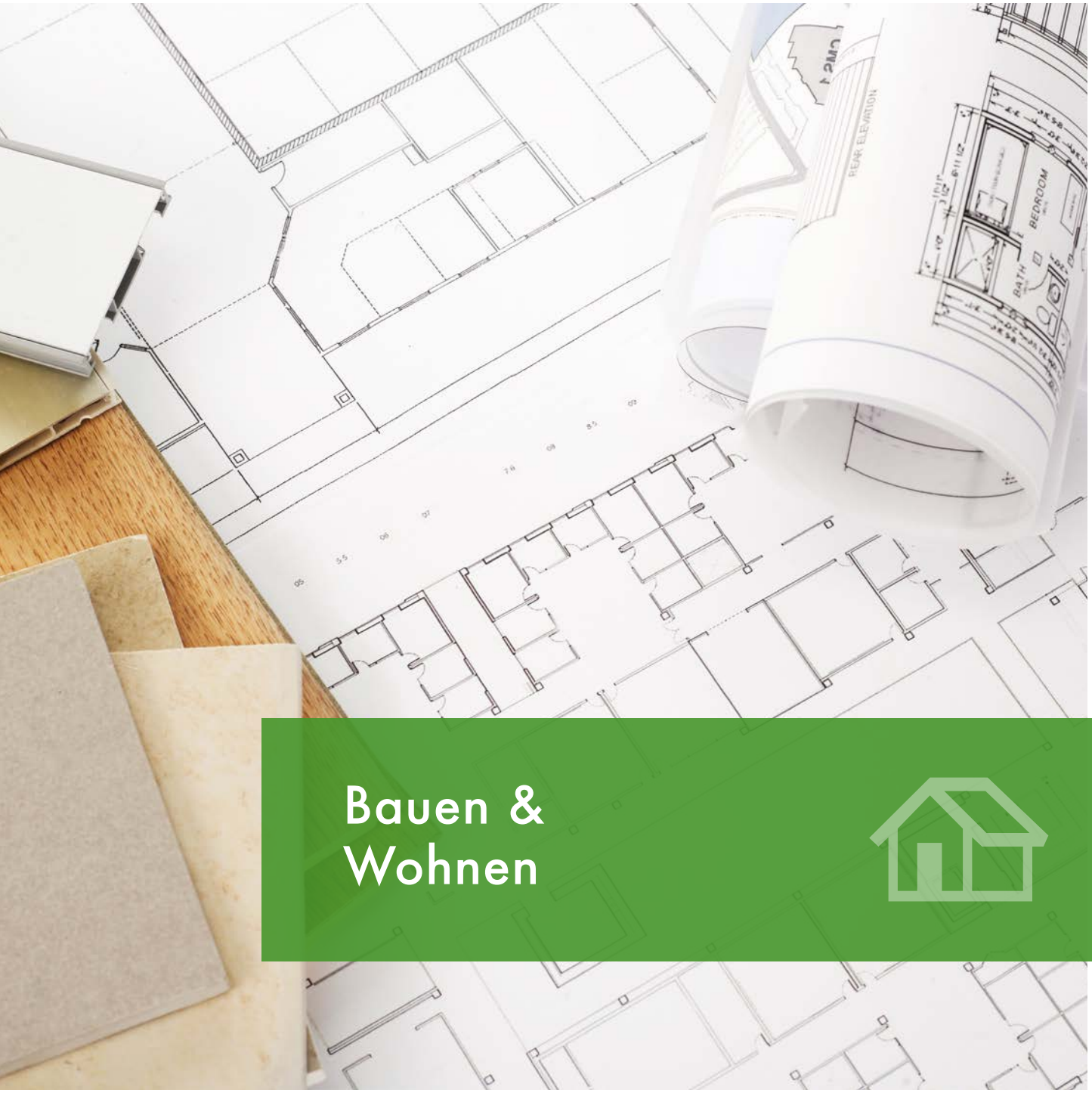
Ebenso ist klar, dass nicht alles über staatliche Förderung laufen kann. Die Politik muss jedoch Rahmenbedingungen schaffen, die sich in viel höhere Anreize für Investments in die Energiewende übersetzen. Einer der wichtigsten Faktoren dabei ist die Planbarkeit. In diesem Kontext ist die Einbindung der Wirtschaft und der Industrie in der Ermittlung der erforderlichen harten und weichen Faktoren unerlässlich. In Rheinland-Pfalz können wir im Rahmen der Ermittlung der Sektorziele und der Wasserstoffbedarfe als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu mehr Planungssicherheit auf einer sehr konstruktiven Zusammenarbeit zurück blicken.

Staatssekretär im Ministerium für
Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Landes Rheinland-Pfalz

Als letzte regionale Veranstaltung des Jahres fand im November der Austausch mit **Franziska Schubert MdL,** Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Sächsischen Landtag, in Dresden statt. Im Fokus stand das Potential von Sachsen als Transformationsregion.

Die regionalen Aktivitäten des GWD werden auch 2024 weiter ausgebaut. Im ersten Quartal sind bereits Termine in Niedersachsen und NRW geplant, ebenso wie eine Veranstaltung der neuen Regionalgruppe „Metropolregion Berlin-Brandenburg“.

Aktuelle Schwerpunktthemen



Bauen & Wohnen

1.

Um nachhaltig und kreislauforientiert zu bauen, sollten verschiedene, wenn möglich regionale Baustoffe eingesetzt, der Gebäudebestand beispielsweise durch (serielle) Sanierungen berücksichtigt sowie praktikable Lösungen für den nachhaltigen Rückbau und das Recycling integriert werden.

2.

Im Bereich des Rückbaus fehlen nötige Standardisierungen und Normen, weshalb die Entwicklung einer Initiative zur Normierung essentiell ist. Auch wenn nachhaltige Baustoffe verwendet werden, bedeutet dies oftmals noch keine Möglichkeit zur (vollständigen) Trennung der verbauten Stoffe – dies ist jedoch zum Recycling notwendig.

3.

Die Ökobilanzierung von Gebäuden sollte bei der Normierung als Maßstab dienen, um Gebäude aus verschiedenen Materialien wie Holz, Beton, Stahl und Stein miteinander zu vergleichen und eine klimaneutrale und klimaangepasste Bauweise zu erreichen. Zudem gibt es bei der Zulassung von innovativen Baustoffen immer noch große Herausforderungen.

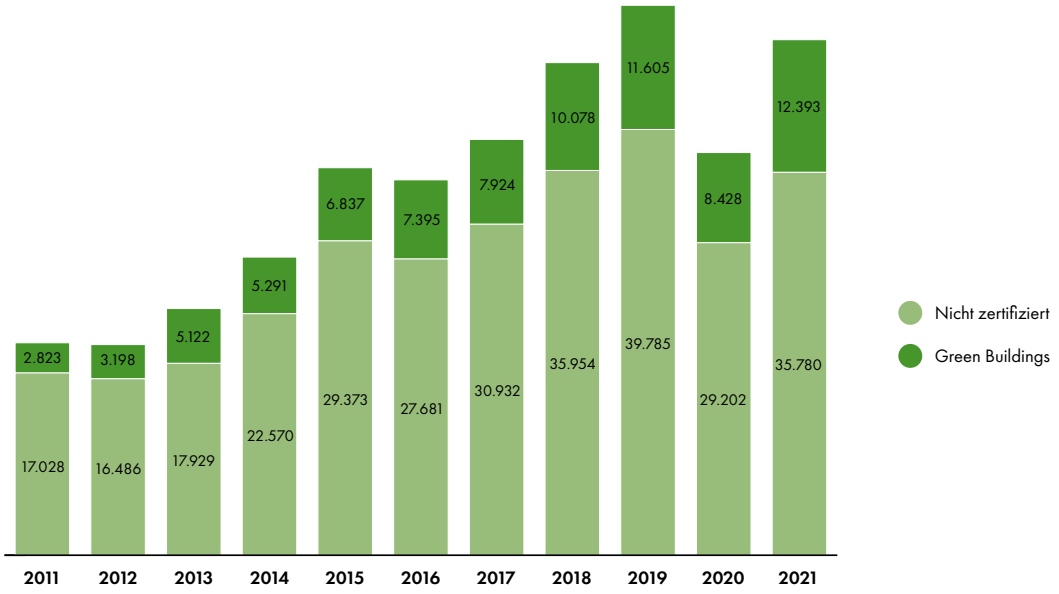
Der Bau- und Gebäudesektor ist sowohl in Deutschland als auch in Europa einer der ressourcen- und energieintensivsten Wirtschaftsbereiche.

Derzeit werden 90 % der in Deutschland abgebauten Mineralstoffe in Gebäuden verbaut, 55 % der Abfälle in Deutschland sind auf den Bausektor zurückzuführen. Um den Sektor nachhaltiger zu gestalten und so große Mengen an Treibhausgasen einzusparen, bedarf es Maßnahmen in allen Bestandsphasen eines Gebäudes. Angefangen von nachhaltigeren Materialien beim Neubau, über Sanierungen des Gebäudebestandes, zum durchdachten Rückbau mit anschließendem Recycling der entstandenen „Abfälle".

Nachhaltiges Bauen

Im Mai 2023 startete die Veranstaltungsreihe „Bauwende: Versöhnung der Baustoffe“, die von **Dr. Ipek Ölcum,** Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht und Wirtschaftsmediatorin (IHK), moderiert wurde. In der ersten Veranstaltung zeigten die drei Impulsgeber:innen **Kassem Taher Saleh MdB** von Bündnis 90/Die Grünen, Diplom-Bauingenieur und Obmann im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, **Prof. Dr. Marzia Traverso,** Professorin und Leiterin des Instituts für Nachhaltigkeit im Bauwesen der RWTH Aachen, sowie **Prof. Dr. Hubert Röder,** Professor für Betriebswirtschaftslehre Nachwachsender Rohstoffe an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf, auf, vor welchen Herausforderungen die Branche noch steht und welche Baustoffe den Weg in eine nachhaltige Zukunft ebnen. Architekt **Julian Trummer** von Leipfinger-Bader berichtete aus der Praxis mit einem Anwendungsbeispiel, bevor es in die Diskussion ging.

Investitionsvolumen in Green Buildings und nicht zertifizierte Gebäude in Deutschland in den Jahren 2011 bis 2021 (in Millionen Euro)



Quelle: BNP Paribas

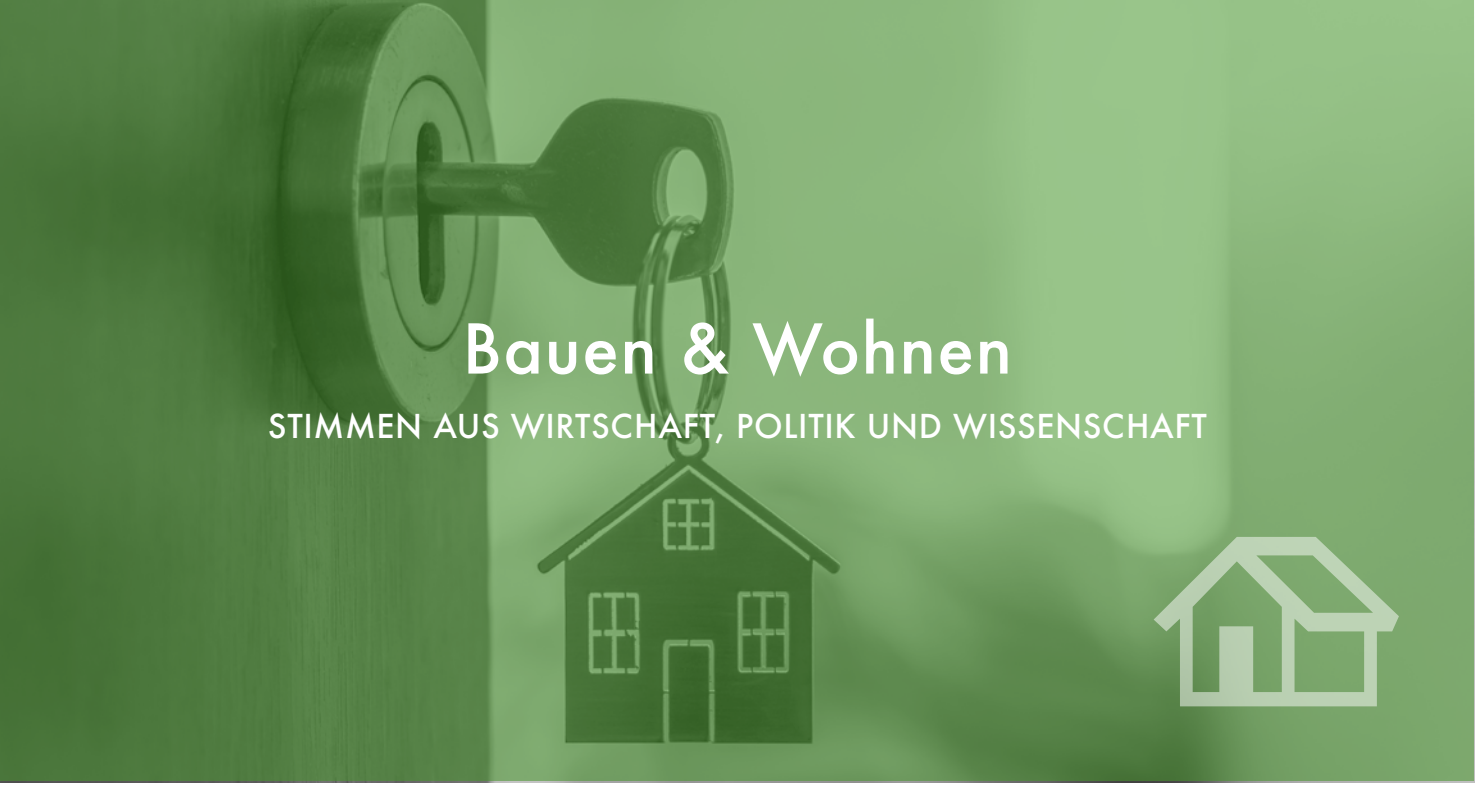
Bei der zweiten Veranstaltung der Reihe im Juni war **Jens Deutschendorf,** Staatssekretär im hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (Bündnis 90/Die Grünen), digital zugeschaltet und gab einen Impuls zu politischen Rahmenbedingungen und Transformationsplänen. Zudem lieferte **Markus Brunner,** Stellvertretender Geschäftsstellenleiter DIN-Normenausschuss Bauwesen bei NABau einen praktischen Input, während **Prof. Dr. Thomas Auer** von der Technischen Universität München (TUM) die Veranstaltungen wissenschaftlich begleitete.

Im Zuge der Veranstaltungsreihe entstand gemeinsam mit der TUM unter Leitung von Prof. Dr. Auer ein Scoping Paper mit dem Titel „Bausteine der Bauwende", das zum Jahresende veröffentlicht werden soll.

Das Positionspapier steht ab Jahresende zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Im kommenden Jahr liegt der Fokus weiterhin auf dem Dialog zur Kreislaufwirtschaft und emissionsarmen sowie nachhaltigen Baustoffen. Darüber hinaus stehen nachhaltige Sanierung von Gebäudebeständen sowie neue Themen wie Flächenversiegelung und Finanzierbarkeit des steigenden Bedarfs auf der Agenda.



Bauen & Wohnen

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Dr. Ipek Ölcüm

Neben weltweiten Krisen ist das Jahr 2023 in Deutschland auch davon geprägt, dass wir in einer Wohnungsbaukrise stecken: Bauen ist u.a. wegen der Genehmigungsverfahren zu langsam und aus verschiedenen Gründen zu teuer. Im Fachforum Nachhaltiges Bauen haben wir uns mit einer weiteren Komponente des Bauens beschäftigt und den Fokus bewusst auf die „Versöhnung der Baustoffe" gerichtet. Der Ausbau der Energiewende, Infrastruktur, Digitalisierung sowie die Beseitigung der Wohnungsnot bei gleichzeitig größtmöglichem Klimaschutz, Klimaanpassung und Ressourcenschonung braucht einen strategischen Einsatz aller zur Verfügung stehender Baustoffe und in dem Kontext auch ein innovationsoffenes Miteinander von Legislative, Exekutive und der Baustoffhersteller:innen.

Fachanwältin für Bau- und Architektenrecht
und Wirtschaftsmediatorin, IHK

Prof. Marzia Traverso

Nachhaltige Leistung kann nicht mit Bauchgefühlen erreicht werden, sondern nur mit wissenschaftlichen Erkenntnissen und quantitativen Messungen. Eine richtige Nachhaltigkeitsbewertung umfasst die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit und den gesamten Lebenszyklus eines Produktes oder einer Wertschöpfungskette einer Organisation.

Professorin und Leiterin des Instituts für Nachhaltigkeit im Bauwesen der RWTH Aachen

Julian Trummer

Ich sehe die Zukunft des nachhaltigen Bauens in der Symbiose der Baustoffe. Aus dem 20. Jahrhundert zu lernen kann nicht bedeuten, ein Einheitsmaterial durch ein anderes zu ersetzen. Stattdessen müssen wir wieder zu einer sinnvollen Kombination von Baustoffen finden, in der jedes Material seine Stärken ausspielt. Hier kann vor allem Lehm als Brückenbauer agieren.

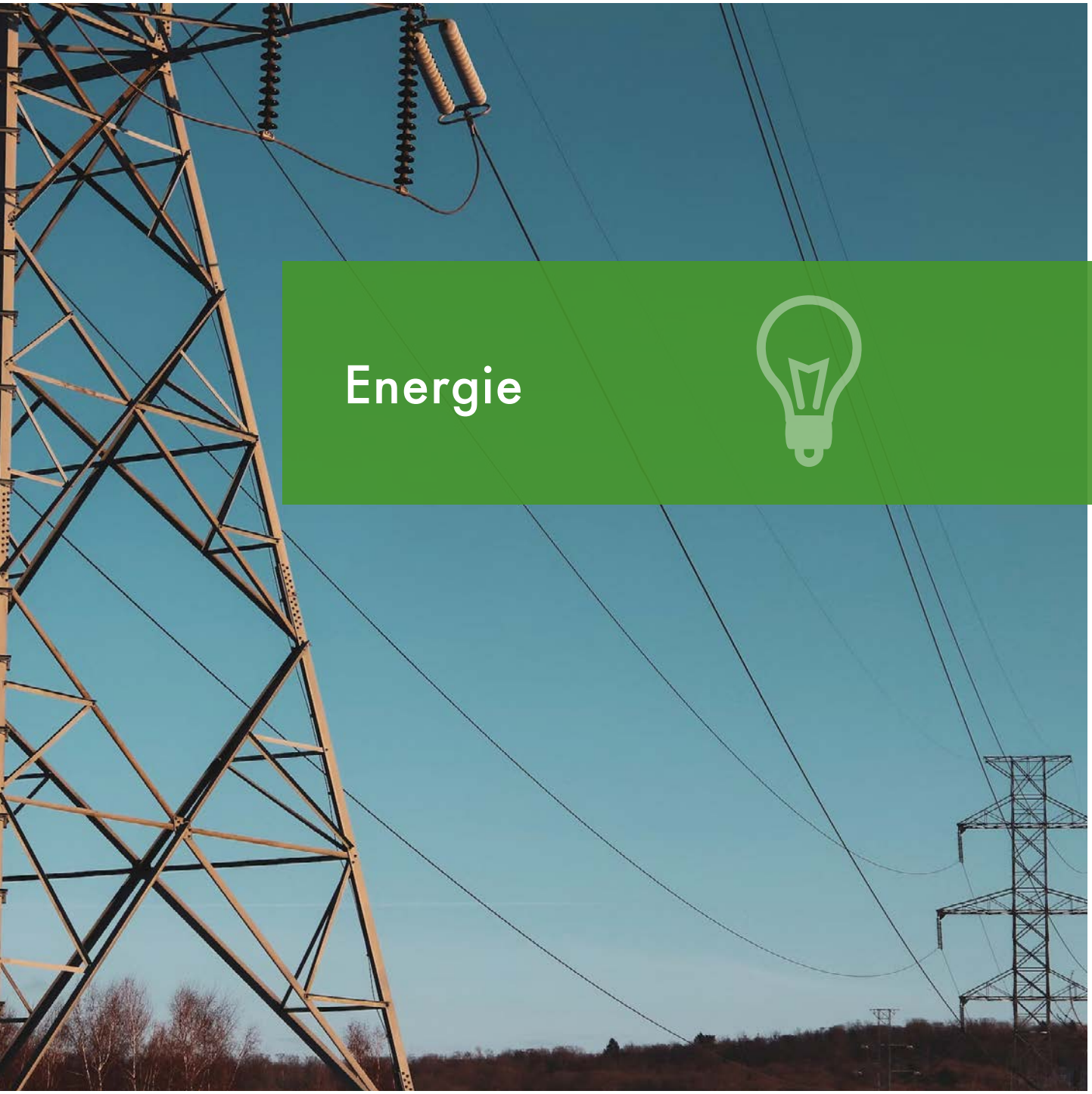
Research And Development Engineer, Leipfinger-Bader

© Grüne Bundestag / Stefan Kaminski

Kassem T. Saleh MdB

In der Baubranche manifestieren sich die gegenwärtigen Krisen in anschaulicher Weise, wobei die Mehrheit auf der nicht nachhaltigen Nutzung der Ressourcen unseres Planeten beruht. Die Auswahl der Baustoffe spielt dabei eine bedeutende Rolle. Um langfristig wirtschaftlich und ökologisch klug zu handeln, bedarf es einer Kombination aus verschiedenen Rohstoffen. Klar ist: Baustoffe der Zukunft sind regional, nachwachsend und kreislauffähig. Das sichert eine nachhaltige Versorgung und verbindet im Sinne der Nachhaltigkeit die ökologische und ökonomische Dimension.

Obmann im Ausschuss Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen



Energie

1.

Erneuerbaren Energien den Weg ebnen: Der regionalen Ebene kommt bei der Energiewende eine ausschlaggebende Rolle zu. Um die Ziele für Photovoltaik, Windenergie sowie einer Wasserstoffversorgung zu erreichen, müssen die dafür notwendigen Rahmenbedingungen und Instrumente auf Länderebene geschaffen werden: vereinfachte Genehmigungsverfahren, Bürger:innenbeteiligungen, nachhaltige Finanzierung.

2.

Bezahlbar und grün – Saubere Energie für die Industrie: Für Investitionsentscheidungen in Deutschland braucht es wettbewerbsfähige Voraussetzungen. Die politischen Rahmenbedingungen müssen dabei einen Kompromiss schaffen zwischen klimafreundlicher Energieversorgung und Standortattraktivität. Die Preise für nötige CO2-Zertifikate müssen darüber hinaus zukunftsfähig angepasst werden.

3.

Dynamische Technologieentwicklung steuern: Um die Klimaziele zu erreichen, sind innovative Technologien wie CCS/CCU einzuführen. So kann blauer Wasserstoff, der aus Erdgas hergestellt wird und bei dem während des Prozesses CO2 ausgestoßen wird, als Übergangslösung dienen, bis die Kapazitäten für grünen Wasserstoff ausreichend sind. Dafür sind auch Kooperationen mit anderen Staaten zu prüfen, ohne neue Abhängigkeiten einzugehen.

Die heutige Energiepolitik ist eines der Politikfelder mit der größten Transformationsaufgabe und maßgeblich für die Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes Deutschland.

Der Ausstieg aus der fossilen und Einstieg in eine Erneuerbare Energiewirtschaft ist eine enorme, aber zu bewältigende Herausforderung. Um dabei jedoch weiterhin eine stabile Wirtschaftsleistung der diversen Industriezweige in Deutschland und Europa zu ermöglichen, gilt es moderne, klimafreundliche und resiliente Lösungen zu entwickeln und anzuwenden.

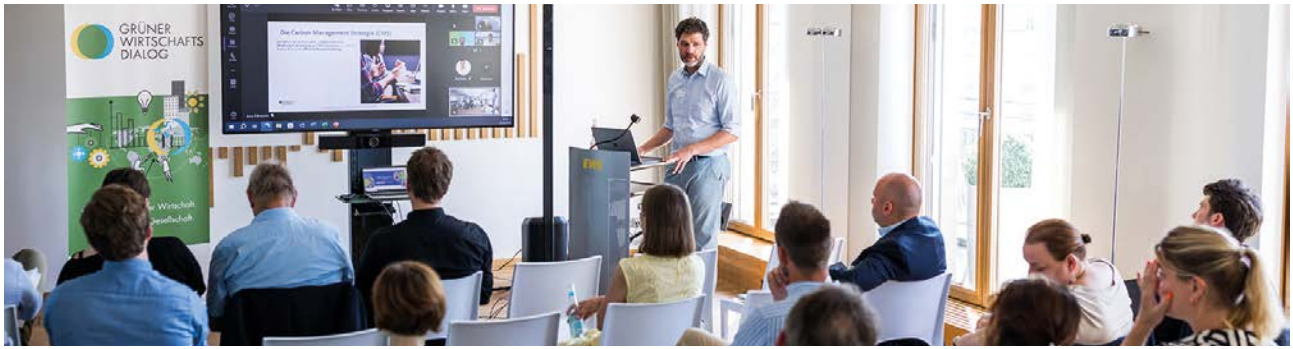
Energiepolitik muss ganzheitlich gedacht werden

Die Energiewende wird vor allem auf regionaler Ebene erfolgen. Dieser Versorgungsumbau braucht dabei die nötigen politischen Rahmenbedingungen. Nicht nur in Bezug auf Genehmigungsverfahren, sondern auch, um die Industrie während der Übergangszeit nicht übermäßig finanziell zu belasten. Die Wettbewerbsbedingungen dürfen dabei nicht aus den Augen verloren werden. Für diese Übergangsphase bieten sich vor allem innovative Methoden an, die die Energiekapazitäten vor dem Hintergrund einer überschaubaren Klimabelastung weiterhin auf dem nötigen Niveau halten. Die Industrie wird in Zukunft auf den Vorteil grüner Produktionsweisen zurückgreifen können, wenn die dadurch übergangsweise verursachten Belastungen durch die richtigen Weichenstellungen aufgeteilt werden.

Vor allem dem Thema der Bündelung freigesetzten Kohlenstoffdioxids durch industrielle Produktionsprozesse kam im Fachforum Energie eine prägende Rolle zu. Im Rahmen von drei Veranstaltungen wurde so auf die Carbon Management Strategie der Bundesregierung, die grundlegende Rolle von CCS bei Wasserstoff sowie kurzfristige Möglichkeiten und Herausforderungen der CCS-Anwendung eingegangen.

Über die politische Beteiligung des BMWK durch **Dr. Sebastian Fischer** aus dem Referat Marktrahmen zur Dekarbonisierung der Industrie und internationale Kooperation und **Dr. Christine Falken-Grosser,** Referatsleiterin Wasserstoff, erhielten die Teilnehmenden der Foren einen direkten Einblick in die Arbeitsprozesse dieses relevanten Bereichs sowie die Möglichkeit, Impulse zum laufenden Prozess zu setzen. Darüber hinaus beteiligte sich **Lisa Badum MdB,** Obfrau des Ausschusses für Klimaschutz und Energie, durch ihren Impuls zu CCS und Wasserstoff an der Diskussion mit der Wirtschaft. Über die Begleitung des Themas durch **Prof. Dr. Sebastian Timmerberg** der HAW Hamburg war es zudem möglich, das Thema auch wissenschaftlich grundlegend zu reflektieren. Aus dieser Kooperation entstand der GWD-Standpunkt und das Positionspapier zum Thema CCS.

Das Positionspapier und die Standpunktpapiere stehen zum Download auf der Homepage des GWD.



Bedeutung der regionalen Energiewende

Im Rahmen des Regionalforums NRW sprach der GWD mit der Nordrhein-Westfälischen Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, sowie stellvertretenden Ministerpräsidentin, **Mona Neubaur** darüber, wie das bevölkerungsreichste Bundesland Deutschlands CO2-neutral werden kann.

Ihr Fokus lag dabei auf dem – im Angesicht der hohen Anzahl mittelständischer Unternehmen in NRW – nötigen schnellen Umbau zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung. Diese Transformation könne vor allem durch grünen Wasserstoff, mit Unterstützung der CCS-Anwendung bei unvermeidbaren Emissionen, gelingen.

Im Regionalforum Niedersachsen gab der Landesminister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, **Christian Meyer** einen Impuls zum Thema „Niedersachsen als Energiewende-Macherland". Er konzentrierte sich dabei vor allem darauf, dass die grüne Industrie in Niedersachsen wieder stark wachsen solle, wies aber auch auf die Gefahr einer neuen Abhängigkeit im Bereich der Lieferketten von Solaranlagen, Vorprodukten und PV-Modulteilen hin, die zu mehr als 90 Prozent aus China kommen. Dem muss durch heimische Produktion entgegengewirkt werden, was auch für die regionalen Handwerksbetriebe eine große Chance darstellt. Ebenso trugen für die Grünen **Susanne Menge MdB** und **Sina M. Beckmann MdL** zu dieser Veranstaltung bei.

Um noch weiter auf erfolgreiche Praxisbeispiele im Rahmen der regionalen Energiewende einzugehen, diskutierte **Martin Stümpfig MdL,** Sprecher für Energie und Klimaschutz der Grünen Landtagsfraktion Bayern, mit den Gästen des Fachforums Regionale Energiewende. Mit dieser Veranstaltung baute das Fachforum auf den Vortrag von **Prof. Jörg Raupach-Sumiya,** Professor für Internationales Management an der Ritsumeikan University in Osaka, über „Regionale Kooperationen im Rahmen unternehmerischer Klimaschutzstrategien – Stellenwert, Potentiale, Erfolgsfaktoren" auf. Darin erklärt Raupach-Sumiya, dass der globalen Klimakrise mit Regionalkonzepten für eine integrierte, sektorübergreifende Transformation der lokalen Infrastruktur begegnet werden muss.

Faire Kostenaufteilung

Die Transformation der Energieversorgung hin zu klimafreundlicher Stromgewinnung verursacht vor allem in der Übergangszeit höhere Produktionskosten. Um dabei zunächst ein Stimmungsbild aus der Industrie zu erhalten, bat der GWD Akteur:innen unterschiedlicher Branchen im Rahmen eines Ad-hoc Forums zum Industriestrompreis um deren Einschätzungen, Erwartungen und Anforderungen an die Politik. Es kristallisierte sich die überwiegende Position heraus, dass akute Rahmenbedingungen notwendig seien, um vorhandenes privates Kapital für die Energiewende zu mobilisieren und die dabei die kriegsbedingten Entwicklungen bezüglich der Energieverfügbarkeit und -preise berücksichtigen. So könne langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriestrompreis erarbeitet werden.

Die Energieversorgung der Industrie in Deutschland war auch Thema eines weiteren Ad-hoc Forums. Anlässlich der aktuellen Debatten zu Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige Energieversorgung der Industrie in Deutschland lud der GWD Mitgliedsunternehmen aus der energieintensiven Industrie ein. Die aus der gemeinsamen Arbeit abgeleiteten Handlungsempfehlungen flossen dabei in den GWD-Standpunkt „Zukunftsfähige Energieversorgung des Industriestandortes Deutschland" ein. Man verständigte sich dabei v.a. auf Forderungen zu einem befristeten Brückenstrompreis, die Beibehaltung des Spitzenausgleichs bei Strom- und Energiesteuern, sowie eine zukunftsfähige Anpassung des CO2-Preises als nötige und sinnvolle Maßnahmen.

Die Standpunktpapiere stehen zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Vor allem werden die Rahmenbedingungen für erneuerbare Technologien die zukünftige Diskussion in den GWD-Fachforen zum Thema Energie leiten. So stehen die Produktionsbedingungen und Installation von PV-Anlagen im Fokus, sowie weiterhin die Umsetzung der Energiewende auf regionaler Ebene. Auch das Thema Wasserstoff und dabei vor allem die nötige Infrastruktur wird weit oben auf der Agenda stehen.

Energie

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Dr. Sebastian Fischer

Klimaneutralitätsstudien zeigen, dass nationale und internationale Klimaziele nur mit CCS/CCU in der Industrie und im Abfallsektor erreichbar sind. Für den erfolgreichen Hochlauf einer CCS/CCU-Wirtschaft erarbeitet die Bundesregierung aktuell eine Carbon Management Strategie (CMS). Die CMS soll den Schwerpunkt auf nicht bzw. schwer vermeidbare Prozessemissionen der Industrie legen, mögliche Anwendungsgebiete für CCU/CCS benennen, rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen schaffen sowie notwendige Infrastrukturentwicklungen identifizieren.

Referat IV E2 – Marktrahmen zur Dekarbonisierung der Industrie und internationale Kooperation beim Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

Bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen muss die Politik die Besonderheiten der thermischen Abfallverwertung beachten: Wir benötigen die CO2-Abscheidung zur Erreichung unserer Emissionsminderungsziele. Gleichzeitig können wir durch die Generierung von Negativemissionen und durch die Bereitstellung von biogenem CO2 als Grundstoff für die Industrie erheblich zum Gesamtziel einer klimaneutralen Kreislaufwirtschaft 2050 beitragen.

Business Development, EEW– Energy from Waste

Sarah Endres

Dr. Jörg Raupach-Sumiya

Die Klimakrise ist global, aber ihre Überwindung verlangt wesentlich nach Regionalkonzepten für eine integrierte, sektorübergreifende Transformation der lokalen Infrastruktur. Klimaschutz und Nachhaltigkeit entwickelt sich zugleich zu einem bedeutenden Standort- und Wettbewerbsfaktor. Eine derartige Transformation bedarf regionaler Kooperationen zwischen Unternehmen, Verwaltung, Zivilgesellschaft und anderen lokalen Akteur:innen – unterlegt mit adäquaten, handlungsfähigen Strukturen und eingebettet in entsprechende strategische Ansätze von Unternehmen und Verwaltung.

Professor für International Management Ritsumeikan University, Osaka (Japan)

Wir haben es in der Hand, Deutschlands Zukunft als grüne Industrienation zu ermöglichen. Ein kleines Molekül ist dabei der große Star der deutschen Energiewende: Wasserstoff.
Lasst uns Industrie und Mobilität dekarbonisieren, indem wir die Erzeugungsspitzen erneuerbarer Energie nutzen, um in Deutschland grünen Wasserstoff zu produzieren. Windräder müssen nicht mehr abgeregelt werden. Stromnetze werden entlastet. Die innovative Technologie dafür haben wir bei HH2E geschaffen. Nun schaffen Wirtschaft und Politik die Fundamente für den Einsatz von grünem Gas in der Zukunft in Form von Infrastruktur und Gesetzgebung. Es braucht ein zentrales Pipeline-Netzwerk im Land und international verbunden, eine Quote für grünes Gas und strenge Regeln für Treibhausgas-Emissionen. Und es braucht den Dialog. Lasst uns gemeinsam leidenschaftlich daran arbeiten, Deutschland zur nachhaltigen Wirtschaftsnation zu machen.

CEO, HH2E AG

Alexander Voigt

Forschung & Innovation

1.

Um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Industriestandort langfristig zu erhalten, ist es entscheidend, gezielte Investitionen in innovative Technologien zu tätigen, wobei die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung verstärkt auf Nachhaltigkeitsstandards ausgerichtet sein sollte.

2.

Es braucht einheitliche Standards auf EU-Ebene, die Chancen und Risiken abwägen und in Zusammenarbeit mit relevanten Wirtschafts- und Wissenschaftsakteur:innen entwickelt werden. Eine Überregulierung von neuen Innovationen sollte sowohl in Bezug auf KI als auch auf grüne Gentechnik vermieden werden.

3.

Die Komplexität und Risiken von Innovationen sollten durch eine transparente Aufklärung und eine sachliche Diskussion reduziert werden, um die Akzeptanz und den sensiblen Umgang mit neuen Technologien zu fördern und negativ geprägte Narrative zu entschärfen.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit – seien es Pandemien, die Klimakrise oder der sich zuspitzende Rohstoffmangel – werden sich nur mit Hilfe von technologischen Innovationen meistern lassen.

Neue Schlüsseltechnologien und die digitale Transformation haben Voraussetzungen geschaffen, um das Innovationstempo in Deutschland drastisch zu erhöhen, doch die aktuellen Rahmenbedingungen hinken der Entwicklung hinterher und drosseln das Potential.

Von der Forschung in die Praxis

Deutschland hat eine ausgezeichnete Forschungslandschaft, bei den Ausgründungen aus der Wissenschaft gibt es allerdings noch großes Potenzial. Grundlage war das Strategieforum „Innovationsstandort Deutschland in der Zeitenwende" mit **Dr. Anna Christmann MdB,** Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt sowie Beauftragte für Digitale Wirtschaft & Start-ups im BMWK. Dieses thematisierte die verschiedenen Instrumente der Start-up-Förderung, die Rolle von Green Start-ups und ClimateTech für die Dekarbonisierung sowie die regulatorischen Möglichkeiten für das zukünftige Datenökosystem. In drei weiteren Veranstaltungen wurden die Potenziale und Risiken zentraler Zukunftsinnovationen, wie Künstliche Intelligenz (KI), Neue Gentechnische Technologien (NGT) und Quantencomputing beleuchtet:

Vor dem Hintergrund des rasanten Anstiegs der Nutzer:innenzahlen von ChatGPT adressierten Expert:innen der Digitalwirtschaft in einem Ad-hoc Forum zur Zukunft der künstlichen Intelligenz die rapiden Entwicklungsfortschritte der KI sowie die damit verbundenen Herausforderungen der Risikobewertung, Regulierung und Haftung. Im Fachforum zum Thema Grüne Gentechnik wurde unter Beteiligung des Leopoldina Mitglieds, **Prof. Dr. Nicolaus von Wirén,** die Neuen Gentechnischen Technologien, insbesondere der CRISPR/Cas-Genschere, sowie die Novellierung der EU-Gentechnikregulierung, in Bezug auf ihren Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele in der Landwirtschaft diskutiert. Auch eine Veranstaltung aus dem GWD-Format „GreenTeaTime-Talk" widmete sich dem Thema Forschung und Innovation. Hier ordnete die Naturwissenschaftlerin und Tech-Pionierin, **Dr. Edeltraud Leibrock** gemeinsam mit Dr. Anna Christmann MdB, unter Moderation von Matthias Keckl, Managing Partner des Fraunhofer Technologie-Transfer Fonds, die Anwendungsfelder von Quantencomputing in das aktuelle Wirtschaftsgeschehen ein.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Innovationen vermehrt im Rahmen von Praxisproben und dem Aufzeigen der Nutzbarkeit für die Wirtschaft weiterentwickelt werden sollten. Andernfalls droht aufgrund fehlender verlässlicher Risikoeinschätzungen eine große Skepsis der Bevölkerung und folglich auch der Politik gegenüber Zukunftsinnovationen. Während Risiken ernst genommen werden sollten, muss gleichzeitig auch ein Bewusstsein über die negativen Auswirkungen von rigiden und komplexen Regulierungen für den Forschungsstandort Deutschland geschaffen werden. Um Innovationen in der Wirtschaft zu implementieren und einen verantwortungsvollen Umgang mit neuen Technologien zu fördern, braucht es begleitend zu technischen Fortschritten einen Dialog mit der Gesellschaft, eine verbesserte Wissenschaftskommunikation sowie transparentes Handeln von Unternehmensseite.

Ausblick

Für ein verbessertes Innovationsklima wird der GWD über die Themen Forschung und Innovation weiterhin sachlich und umfänglich diskutieren und den Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft fortsetzen. Im kommenden Jahr plant der GWD die Themen KI und Quantencomputing weiter zu verfolgen sowie das Thema grüne Gentechnik zu vertiefen und dabei insbesondere auf die Auswirkungen und Möglichkeiten einer EU-Regulierung in Deutschland einzugehen.

Forschung & Innovation

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Quantencomputing wird eine wichtige Leittechnologien für viele Branchen werden und deswegen sollten wir schon heute gute Rahmenbedingungen für zukünftige Innovationen schaffen. Hier gibt es noch viel Entwicklungspotential, aber die starke Grundlagenforschung und die vielen Expert*innen in Deutschland stellen eine sehr gute Ausgangslage dar. Eine Schlüsselfunktion nimmt hier die DLR Quantencomputing-Initiative ein, im Rahmen derer Industrie, Wirtschaft, Start-ups und Forschung gemeinsam prototypische Quantencomputer entwickeln. Mit den Mitteln aus dem Zukunftsfonds wollen wir zudem nicht nur öffentliche Investitionen für Technologien wie z.B. Quantencomputing bereitstellen, sondern vor allem auch privates Kapital mobilisieren.

Koordinatorin der Bundesregierung für die Deutsche Luft- und Raumfahrt sowie Beauftragte für Digitale Wirtschaft & Start-ups im BMWK

© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Dr. Anna Christmann MdB

Dr. Isabella Hermann

Wir sollten uns beim Thema Künstliche Intelligenz nicht von Science-Fiction-Diskursen ablenken lassen, die behaupten, die Auslöschung der Menschheit à la Skynet aus den Terminator-Filmen sei das größte Risiko. Solche Reden lenken nicht nur von tatsächlichen Problemen im Hier und Jetzt, wie diskriminierende KI-Systeme oder schlechte Arbeitsbedingungen von Clickworkern, ab. Sie verschleiern auch die positiven Anwendungsfälle in Bereichen wie Medizin und Bildung, die unser Leben ganz real verbessern können.

Politikwissenschaftlerin und Science-Fiction-Expertin sowie Autorin des Buches „Science Fiction zur Einführung“

Oliver Stenzel

Beim Thema Quantencomputing zeigt sich die Exzellenz der deutschen Grundlagenforschung. Um hieraus einen realen Standortvorteil für innovative Wirtschaftszweige wie die Arzneimittelindustrie zu machen, benötigen wir dringend eine bessere Verzahnung von öffentlicher und privater Forschung. Bei der Entwicklung neuer Therapien für Erkrankungen wie Alzheimer oder Krebs kann die Quantencomputing-Technologie viel Zeit und Kosten einsparen. Das entsprechende Knowhow ist in Deutschland vorhanden – es auch der Industrie über privat-öffentliche Partnerschaften zugänglich zu machen, kann ein entscheidender Vorteil im internationalen Standort-Wettbewerb sein.

Associate Director External Engagement, Corporate Affairs, Lilly Deutschland GmbH

Dr. Edeltraud Leibrock

Quantentechnologien stellen eine große Chance für die Wirtschaft hierzulande dar. Auch wenn die praktische Anwendung noch ein paar Jahre in der Zukunft liegt, so lohnt es sich doch für Unternehmen, sich bereits heute damit zu beschäftigen. Wir sind in Europa traditionell stark in Forschung und Entwicklung und haben gerade auch in Deutschland sehr gute Strukturen für den Transfer in die Wirtschaft. Die Use Cases und die Software-Entwicklung für Quantencomputer können allerdings nur durch die Anwenderunternehmen selbst getrieben werden. Das erfordert zum jetzigen Zeitpunkt noch eine recht hohe Risikobereitschaft. Hier ist die Politik gefordert, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.

Partner & Managing Director, Connected Innovations

Gesundheits-wirtschaft

1.

Die Digitalisierung des Gesundheitssystems ist der Weg zu einer besseren Gesundheitsversorgung und notwendig zur Nutzung von innovativen Technologien wie Künstlicher Intelligenz (KI). Es gilt gesetzliche Rahmenbedingungen, wie das Digitalisierungsgesetz (DigiG) und Gesundheitsdatennutzungsgesetz (GDNG), patient:innenorientiert umzusetzen und darüber hinaus mit EU-Richtlinien zu harmonisieren.

2.

Der Zusammenschluss der nationalen Gesundheitsdaten im Europäischen Gesundheitsdatenraum (EHDS) soll die Versorgung, die Forschung und die Infrastruktur der einzelnen Gesundheitssysteme verbessern. Der EHDS muss mittels eines demokratischen Ansatzes das Vertrauen der Bevölkerung für die Datennutzung gewinnen, eine sichere Bereitstellung von sensiblen Gesundheitsdaten ermöglichen sowie die Qualität von Gesundheitsdaten durch Standardisierung und Interoperabilität steigern.

3.

Geschlechtsspezifische Medizin ist ein erster wichtiger Schritt hin zur personalisierten Medizin. Um die deutlichen Defizite in in diesem Bereich zu überwinden, müssen strukturelle Veränderungen in der Gesundheitswirtschaft und im Medizinstudium, mehr Forschung sowie die Behebung der Gender Data Gap stattfinden.

Die Steigerung des Patient:innenwohls ist Hauptziel eines nachhaltigen Gesundheitssystems.

Sowohl innovative Therapieansätze wie eine personalisierte Medizin als auch eine umfassende Digitalisierung versprechen die Gesundheitsversorgung zu verbessern, Kosten zu reduzieren, die Zusammenarbeit zwischen den Menschen im Gesundheitssystem zu erleichtern und die Patient:innenbeteiligung zu stärken. Die Aktivitäten des GWD fokussierten sich in 2023 auf zwei Kernbereiche der Gesundheitswirtschaft:

- Die Digitalisierung des Gesundheitssystems und der Anschluss an den Europäischen Gesundheitsdatenraum
- Defizite in der geschlechtsspezifischen Medizin

Digitalisierung des Gesundheitssystems & EHDS

Zum Kernthema Digitalisierung diskutierten **Sabine Grützmacher MdB** und Expert:innen der Gesundheitswirtschaft, einschließlich Versicherern, Krankenhäusern, Ärzt:innenschaft, Anbieter:innen von digitalen Lösungen, Medizintechnik- und Pharmaunternehmen, über das weitreichende Potenzial des Europäischen Gesundheitsdatenraums (European Health Data Space – EHDS) für die Gesundheitsversorgung in Deutschland. Diese europäische Vernetzung von Gesundheitsdaten verspricht eine verbesserte Versorgung und eine gesteigerte Resilienz des Gesundheitssystems. Aus der Diskussion heraus entstand ein Standpunktpapier, welches die Notwendigkeit eines demokratischen und inklusiven Ansatzes des EHDS betont, um das Vertrauen der Patient:innen sowie der Leistungserbringer:innen im Gesundheitssystem zu gewinnen.

Das Papier verdeutlicht, dass ein sicherer Umgang mit sensiblen Daten mittels eines Zero-Trust-Sicherheitskonzeptes, einheitlicher Standards für die Sekundärdatennutzung und der Dezentralisierung der technischen Infrastruktur geschaffen werden muss. Außerdem wird betont, dass eine hohe Datenqualität – durch die Einbindung von Krankenkassendaten, Standardisierung und Interoperabilität – entscheidend für die Forschung und für die effektive Nutzung von innovativen Technologien wie KI in der Gesundheitsversorgung ist.

Das Positionspapier und die Standpunktpapiere stehen zum Download auf der Homepage des GWD.

Defizite in der geschlechtsspezifischen Medizin

Beim Expert:innengespräch zum Thema „Defizite in der geschlechtsspezifischen Medizin" im Hörsaal der Kaiserin-Friedrich Stiftung waren das Mitglied im Ausschuss für Gesundheit im Deutschen Bundestag **Saskia Weishaupt MdB,** die Chefärztin **Prof. Dr. Mandy Mangler,** die Leiterin der Geschlechterforschung in der Medizin an der Charité **Prof. Dr. Turu Stadler,** der Managing Director von Oragnon, **Christoph Habereder** sowie die Vorständin der Healthcare Frauen und Spitzenfrauen Gesundheit **Cornelia Wanke** dabei. Ergebnis ist das Positionspapier „Potenziale der geschlechtsspezifischen Medizin", welches verdeutlicht, dass Geschlechterunterschiede in der Medizin, vor allem in der Diagnose und bei der Wirksamkeit von Medikamenten, wissenschaftlich belegt sind und Auswirkungen sowohl auf die Qualität der Versorgung als auch auf die Wirtschaftsleistung in Deutschland haben. Das Papier fordert strukturelle Veränderungen in der Gesundheitswirtschaft und im Medizinstudium: Es bedarf einer verstärkten Sensibilisierung der Leistungserbringer:innen für Geschlechterdifferenzen, eine Integration von geschlechter- und diversitätssensibler Forschung sowie der Gewährleistung von Diversität in medizinischen Führungspositionen und Entscheidungsgremien.

Darüber hinaus sollten die Potenziale der Digitalisierung für eine breitere Datenerfassung und den Einsatz von Analysetechniken sowie für die Bereinigung des Gender-Data-Gaps genutzt werden. Geschlechtsgerechte Medizin schließt Versorgungslücken, berücksichtigt die Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft und bildet somit einen essenziellen Bestandteil der personalisierten Medizin.

Ausblick

Auch im kommenden Jahr werden Gesundheitsthemen unter dem Aspekt der Patient:innenzentrierung beleuchtet. Eine ausschlaggebende Rolle spielt hier weiterhin die Digitalisierung des Gesundheitssystems, weshalb die Umsetzung der politischen Rahmenbedingungen wie des Digitalisierungsgesetzes, des Gesundheitsdatennutzungsgesetzes sowie des EHDS weiter begleitet wird. Außerdem werden die Potenziale von digitalen Anwendungen und der Künstlichen Intelligenz näher thematisiert. Auf dem Weg zu einer personalisierten Medizin werden uns auch Themen wie die Selbstmedikation beschäftigen.

Gesundheitswirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Prof. Dr. Turu Stadtler

Bei der Betrachtung der Einflussfaktoren, die die Gesundheit von Frauen bestimmen, wird deutlich, dass wir nicht länger nur das Geschlecht als alleinigen Faktor berücksichtigen dürfen. Es ist entscheidend, auch andere Aspekte wie sozialen Status, psychische Gesundheit, religiöse Zugehörigkeit und Ethnizität einzubeziehen. Die Berücksichtigung von Intersektionalität ist von großer Bedeutung, um eine umfassende und gerechte Gesundheitsversorgung für alle zu gewährleisten.

Professorin für geschlechtersensible Präventionsforschung und Leiterin Geschlechterforschung in der Medizin (GiM) an der Charité

Die Frauengesundheit hat Einfluss auf Gesellschaften. Und solche Gesellschaften, die das verstanden haben, sind gesünder und haben eine höhere Wirtschaftskraft. Das kommt einerseits durch geringere Arbeitsausfälle zu Stande, andererseits stärken Frauen durch einen hohen Anteil an Care-Arbeit die Wirtschaft indirekt oder stellen in manchen Berufsgruppen de facto die größte Arbeitskraft. Daher haben wir uns zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zu einer verbesserten Frauengesundheit zu leisten.

Managing Director, Organon

Christoph Habereder

© Grüne Bundestag / Stefan Kaminski

Sabine Grützmacher MdB

Verbesserung von Patient*innenwohl und Fortschritt in der medizinischen Forschung sind Ziele, denen niemand widersprechen würde. Doch Daten dieser Größenordnung und Qualität wecken automatisch Begehrlichkeiten, auch für neue Dienstleistungen in der weit gefassten Gesundheitsindustrie.
Eine zentralisierte Speicherung automatisch erhobener Daten mit Sekundärnutzung auch für z. B. Wellnessapps ist kritisch zu sehen.
Eine dezentrale Auswertung von Daten, die aufgrund gezielter Forschungsfragen freiwillig zur Verfügung gestellt werden, kann jedoch Forschungsfortschritt unterstützen ohne die Gefahr der Re-Identifizierung von Gesundheitsdaten in Kauf nehmen zu müssen.

Mitglied im Ausschuss für Digitales,
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Der EHDS bietet die einmalige Chance, in den EU-Mitgliedsstaaten Datennutzung auf eine neue Ebene zu bringen – basierend auf einheitlichen Standards und im Rahmen der entsprechenden Gesetze. Bisher bleiben Millionen Daten in den Gesundheitssystemen ungenutzt, haben aber ein hohes Potential für:

- eine bessere und passgenauere Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger,
- datenbasierte (gesundheits-)politische Entscheidungen und
- die schnellere und individuellere Entwicklung neuer Gesundheitslösungen und -produkte.

Der Erfolg des EHDS wird maßgeblich von der Bereitschaft abhängen, Daten für diese gesellschaftsrelevanten Zwecke zu teilen. Voraussetzung dafür ist ein Gleichgewicht zwischen der Erleichterung des Zugangs für Datennutzer und dem gleichzeitigen Schutz der Rechte der Dateninhaber.

Director Government Affairs & Policy Germany, Johnson&Johnson

Delia Strunz

Global Perspectives

1.

Die positiven Implikationen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes müssen mit geringem bürokratischem Aufwand umgesetzt werden können, sodass insbesondere mittelständische Unternehmen die zusätzlichen Herausforderungen bewältigen können.

2.

Zum aktuellen Zeitpunkt sollte das EU-Mercosur Freihandelsabkommen unter Berücksichtigung von strengen Nachhaltigkeits- und Umweltauflagen sowie unter Achtung von Menschenrechts- und Arbeitsschutzrechten zeitnah umgesetzt werden, sodass sich demokratische Staaten enger verzahnen und die Wirtschaft neue Impulse erhält.

3.

Deutschland ist als Industriestandort maßgeblich auf den Import von Energie angewiesen. Gerade der afrikanische Kontinent hat enormes Potenzial, durch Leapfrogging schnell grüne Energie bereitzustellen. Dafür sind Investitionen nötig, welche durch faire Partnerschaften langfristig die Handelsbeziehungen verbessern.

Das Bewusstsein für die Relevanz von international diversifizierten Lieferketten hat ebenso zugenommen wie von internationalen Allianzen zur Überwindung der Klimakrise.

Die Entwicklung globaler Perspektiven ist in einer zunehmend vernetzten Welt wichtig für Einzelpersonen, Organisationen und Regierungen. Sie ermöglicht ein besseres Verständnis komplexer globaler Probleme wie Klimawandel, globale Gesundheitskrisen, Terrorismus, Migration und wirtschaftlicher Ungleichheit und fördert die Zusammenarbeit. Zur wirksamen Bewältigung globaler Herausforderungen sind ein verstärkter Einsatz von Technologie und Innovation, insbesondere im Digitalen notwendig.

Lieferketten und Freihandelsabkommen

Im Rahmen des 2023 neu geschaffenen Arbeitsfeldes Global Perspectives wurden bereits vier Veranstaltungen umgesetzt. Dazu zählten Hintergrundgespräche mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag wie dem außenpolitischen Sprecher **Jürgen Trittin MdB** zum Thema Zeitenwende, Systemwettbewerb und Chinapolitik, ein Fachforum mit dem Obmann im Digitalausschuss und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss **Tobias B. Bacherle MdB** zum Thema internationale Digitalstrategie, ein Dialogformat mit dem Botschafter von Brasilien Seiner Exzellenz **Roberto Jaguaribe,** und dem Vorsitzenden des Ausschusses für Angelegenheiten der Europäischen Union **Dr. Anton Hofreiter MdB** zum Thema des EU-Mercosur Freihandelsabkommen. Hinzukam außerdem ein Expertengespräch mit dem Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe **Max Lucks MdB** zum Thema Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz.Zusammenfassend wurde innerhalb der Fachforen festgestellt, dass eine klimaneutrale und sozial gerechte Wirtschaftsweise im globalen Kontext gedacht werden muss. Die Wucht und Geschwindigkeit der Veränderungen durch Krisen, aber auch durch den technologischen Fortschritt in den internationalen Produktions- und Handelsbeziehungen fordern die Wirtschaft stark heraus. Dabei können verschiedene Länder, Wirtschaftsräume und Märkte voneinander lernen, Synergien nutzen und gemeinsam wirtschaftliche und zukunftsfähige Lösungen erarbeiten. Es ist unbestritten, dass Deutschland als Exportnation unweigerlich von globalen Entwicklungen betroffen und abhängig ist.

Sorgfaltspflichten des Lieferkettengesetzes

Quelle: neosfer

Ausblick

Zur Fortsetzung und Weiterentwicklung des GWD-Fachforums Global Perspectives wird ein thematischer Fokus auf die Ausarbeitung von Lösungsansätzen und Modellen künftiger internationaler Kooperation für die Themen Handel, Energie, Klimaaußenpolitik sowie Wirtschafts- und Technologiepartnerschaften gelegt werden.

H.E. Roberto Jaguaribe

Global Perspectives

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK

S.E. Roberto Jaguaribe

Das Assoziierungsabkommen zwischen dem Mercosur und der Europäischen Union ist eine einzigartige Gelegenheit, die Beziehungen zwischen unseren beiden Regionen wieder auf eine breitere Basis zu stellen und einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zu einem Zyklus des Wirtschaftswachstums auf der Grundlage eines gemeinsamen Engagements für soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu machen.

Botschafter von Brasilien

Max Lucks MdB

Deutschland versteht sich als Vorreiter bei der Umsetzung globaler Umwelt- und Menschenrechtsstandards. Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz trägt zur Aufrechterhaltung Deutschlands Glaubwürdigkeit für das Einstehen dieser Standards in der Außenpolitik bei, indem es Vorgaben für die Entwicklung fairer Arbeitsbedingungen bei internationalen Zulieferunternehmen festlegt und somit die Märkte der Zukunft prägt. Nur so kann unser Wohlstand langfristig stabilisiert werden.

Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bei der Allianz bemühen wir uns, die Anforderungen des Lieferkettengesetzes mit bestehenden Prozessen bestmöglich zu integrieren. Auch versuchen wir, Synergien zu finden zwischen den Berichtspflichten der CSRD zum Thema „Beschäftigte in der Wertschöpfungskette" und den Sorgfaltspflichten in der Lieferkette. Wir hoffen, dass die EU solche Synergien bei der finalen CSDDD Version im Blick hat.

Chief Human Rights Officer, Allianz SE

Katinka Barysch

Dr. Melanie Müller

Untersuchungen nach der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass solche Unternehmen, die über ihre Lieferketten detailliertere Informationen bereitstellen können auch in der Krise resilienter aufgestellt waren. In Zeiten multipler Herausforderungen unterstützen hohe Nachhaltigkeitsstandards somit eine erfolgreiche Transformation.

Leiterin des Forschungsnetzwerks Nachhaltige Globale Lieferketten, Stiftung Wissenschaft und Politik

Landwirtschaft & Ernährung

1.

Digitalisierung: Durch innovative Methoden können nicht nur Produktionsabläufe effizienter gestaltet, sondern positive Effekte auf den Klimawandel erzielt werden. Um die Vorteile einer technologiebasierten Landwirtschaft zu nutzen, müssen die richtigen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden. So sind u.a. eine verbesserte digitale Infrastruktur, eine standardisierte Datenkommunikation und -kompatibilität, ein einheitlich geregelter Datenschutz sowie Datensicherheit nötig.

2.

Durch große Schnittmengen politischer Rahmenbedingungen der einzelnen Anwendungsfelder sind die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung von einer starken Komplexität geprägt. Die Prozesse und Anforderungen in diesem Politikfeld erfordern eine enge interministerielle wie auch Bund-Länder-Kooperation, um politische Vorgaben für den Bereich umfänglich und somit sinnvoll zu gestalten.

3.

In Deutschland gibt es bereits die nötige Technologie und die Bereitschaft der Industrie, um auf die Herstellung von Produkten auf Basis pflanzlicher Proteine umzustellen. Damit pflanzliche Alternativen jedoch auch von Endverbraucher:innen angenommen werden, bedarf es einer erhöhten Sichtbarkeit dieser Produkte, sowie einer Konsumveränderung der Konsument:innen. Eine erhöhte Nachfrage führt zu günstigeren Preisen. Zusätzlich können Instrumente wie CO2-gesteuerte Preissenkungen das Konsumverhalten lenken.

Die Land- und Ernährungswirtschaft steht vor einer Reihe von Herausforderungen wie sich verändernden klimatischen Bedingungen, Biodiversitätsverlust, der Ressourcenknappheit oder auch demografischen Veränderungen.

Es gilt daher nachhaltige Produktionsweisen zu fördern, innovative Methoden zu integrieren und Gesundheits- und Sicherheitsstandards für Mensch und Tier zu verbessern. In diesem Kontext kommt der Digitalisierung eine wichtige Rolle zu: In der Landwirtschaft bringt sie zahlreiche Vorteile mit sich, erfordert jedoch auch gezielte Maßnahmen, um ihr volles Potenzial auszuschöpfen.

Digitalisierung der Landwirtschaft

Das GWD-Fachforum Digitalisierung in der Landwirtschaft fokussierte sich bei den diesjährigen Veranstaltungen auf die Rahmenbedingungen für digitale Anwendungen, den praktischen Einsatz dieser und die Möglichkeiten innovativer Technologien. Mit **Gisela Sengl MdL,** Mitglied des bayerischen Landtags und Sprecherin für Landwirtschaft und Ernährung der grünen Landtagsfraktion, wurden dabei die Auswirkungen der digitalen Transformation auf die Landwirtschafts- und Ernährungsbranche besprochen, sowie die Vorteile der Modernisierung für Landwirt:innen, Endverbraucher:innen und die Umwelt erörtert.

Im Rahmen einer weiteren Veranstaltung, die in Osnabrück gemeinsam mit der Niedersächsischen Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Miriam Staudte,** stattfand, konnten dabei drei zentrale Herausforderungen für die Anwendung innovativer digitaler Methoden in der Landwirtschaft identifiziert werden:

Die Aufbereitung, Nutzung und der Austausch von Daten gestalten sich oft schwierig, nicht zuletzt aufgrund bürokratischer Hürden, die abgebaut werden müssen, um die praktischen Vorteile zu nutzen.

Die digitale Infrastruktur im ländlichen Raum ist häufig nicht ausreichend, um beispielsweise eine angemessene Internetverbindung zu gewährleisten, die nötig ist, um moderne Technologien anzuwenden.

Nicht zuletzt ist die Aus- und Weiterbildung häufig nicht mehr zeitgemäß und bereitet die jungen Landwirt:innen unzureichend auf die Digitalisierung in der Branche und damit ihre berufliche Zukunft vor.

Neben der Digitalisierung wurden im Fachforum weitere aktuelle Themen der Branche behandelt. So wurde die Weiterentwicklung der Ernährung in Richtung alternativer Proteinquellen mit **Viola Molkenthin,** Referentin des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft im Referat Ökologische Lebensmittelwirtschaft, diskutiert. Dabei standen vor allem die positiven Effekte einer Ernährungsumstellung auf die Abwendung der Klimakrise im Fokus.

Das Positionspapier steht zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Vor allem die Digitalisierung, aber auch Ansätze wie eine verstärkte interministerielle Zusammenarbeit haben das Potenzial, die Land- und Ernährungswirtschaft effizienter, nachhaltiger und zukunftsgewandter zu gestalten. Durch gezielte Maßnahmen und Investitionen kann die Branche diese Möglichkeiten optimal nutzen und gleichzeitig die aktuellen Herausforderungen bewältigen. Die kommenden Fachforen im Bereich Ernährung und Landwirtschaft werden weiterhin die Transformation der Branche und der dafür nötigen politischen Rahmenbedingungen sowie innovative Technologien thematisieren.

Landwirtschaft & Ernährung

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Brandenburg strebt in der Land- und Forstwirtschaft eine digitalpolitische Vorreiterrolle an, die beispielgebend für Länder mit ähnlichen Strukturen sein soll. Das große Potenzial in diesem bereits stark innovativen und digitalisierten Wirtschaftsbereich unseres Landes wollen wir heben. Die Landesregierung will dafür Unterstützung geben beim Aufbau digitaler Anwendungen für die betriebliche Optimierung und ressourcenschonender Bewirtschaftung sowie zum Schutz der natürlichen Umwelt. Konkret geht es um den Einsatz neuester Drohnen-, Mess- und Sensortechnik zur Verbesserung von Erträgen, zum Schutz von Natur und Umwelt, zur Einhaltung von Standards und Umweltauflagen sowie zur Abwehr von Gefahren (Waldbrände, Schädlinge), aber auch um die Erfassung und Bereitstellung wasserwirtschaftlicher Daten.

Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
des Landes Brandenburg

Axel Vogel

Andreas Popp

Landwirt:innen benötigen faire Bedingungen für die Züchtung von Pflanzen. Dies schließt Transparenz, den Schutz von eigenen Sorten und den Zugang zu neuen, sorten-übergreifenden Pflanzeneigenschaften ein. BASF sieht daher die Notwendigkeit, dass neue Eigenschaften von Pflanzen weiterhin durch Patente geschützt werden. Dies schafft Anreize für Innovationen und das faire Teilen dieser Innovationen fördert die nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft. Die neue Plattform ACLP schafft zusätzliche Transparenz, Sicherheit beim klassischen Züchten mit neuen Pflanzeneigenschaften, sowie einfachen und fairen kommerziellen Zugang zu diesen Innovationen.

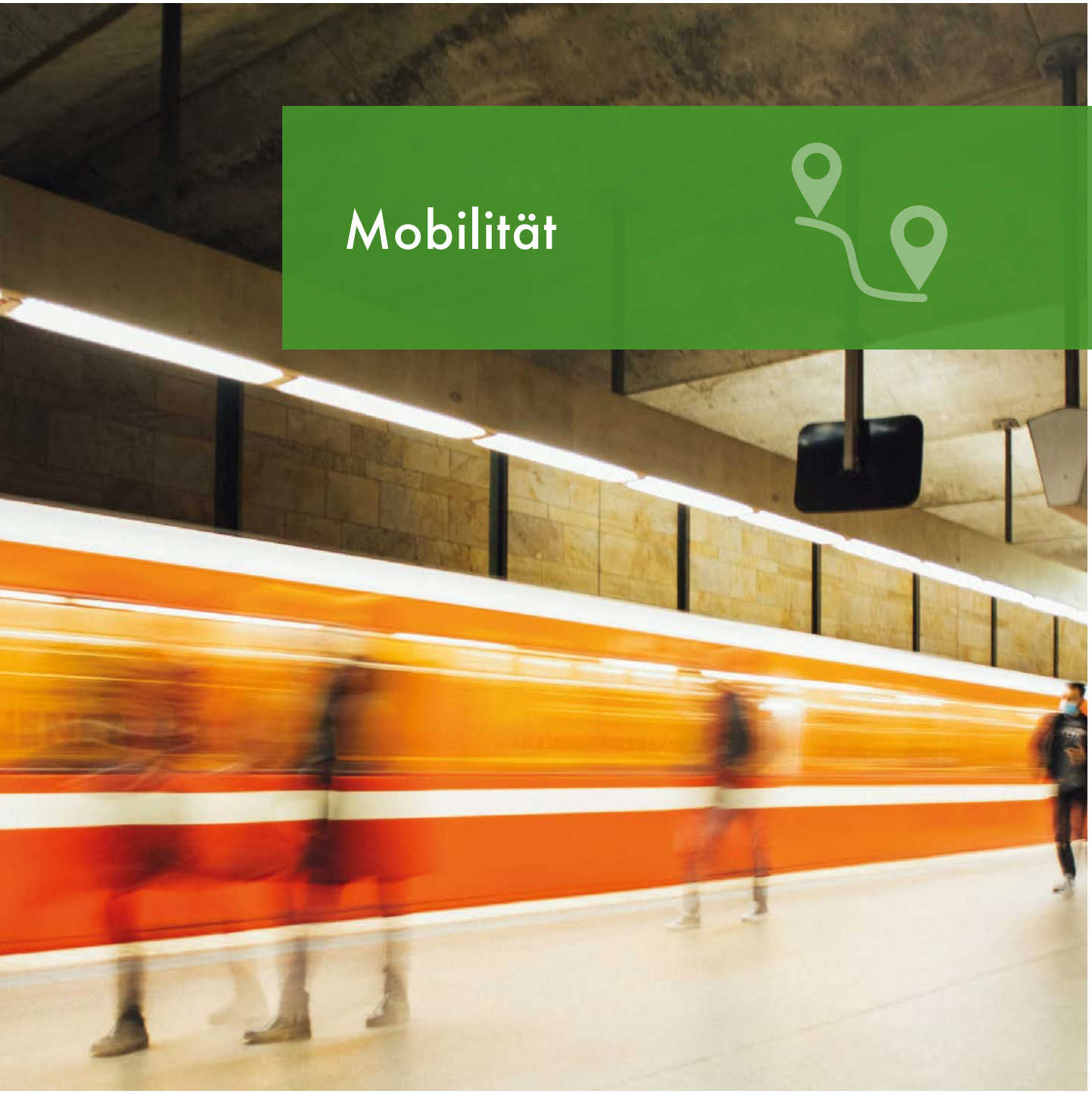
Senior Vice President Global Intellectual Property, BASF

Im landwirtschaftlichen Bereich ist die Digitalisierung bereits stark vorangeschritten. Wissenschaft und Geflügelhaltung sind stetig auf der Suche nach Systemen, welche bei der Tierbetreuung unterstützen können. Solche Systeme werden das menschliche Auge nicht ersetzen können, bieten aber eine gute Möglichkeit um eine breitere Überwachung aufzubauen. Geht es um Unterstützung beim Tierhaltungsmanagement in der Geflügelhaltung, so wird der Upload der Daten in Echtzeit durch den mangelnden Glasfaserausbau heute jedoch maßgeblich behindert. Der Einsatz von beispielsweise umfassenden Kamerasystemen in Ställen, die bereits einzelne Tiere erkennen und Verhaltensveränderungen im Hinblick auf Tierwohl und Tiergesundheit wahrnehmen, verlangt eine vernünftige digitale Infrastruktur.

Leitung Lebendtiercontrolling,
BWE-Brüterei Weser-Ems GmbH & Co. KG / PHW-Gruppe

Catharina Tendler

Mobilität



1.

Multi- und intermodale Mobilitätskonzepte bringen die ökologisch-soziale Transformation voran und spielen somit bei der Erreichung der Pariser Klimaziele eine entscheidende Rolle. Ziel ist eine für die gesamte Gesellschaft sozial und ökologisch gerechte Verkehrswende.

2.

Die für eine wirtschaftliche, sozial gerechte und ökologische Verkehrswende notwendigen Technologien, sowohl beim Antrieb als auch in den Strukturen und Angebotsmodellen, sind entwickelt und können eingesetzt werden. Eine langfristige, effiziente und verlässliche Finanzierung muss sichergestellt werden.

3.

Die Ziele der Europäischen Delegierten Verordnung (EU) 2017/1926 (MMTIS) und des deutschen Mobilitätsdatengesetzes sind nicht deckungsgleich. Hier muss nachjustiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit für einen nachhaltigen Verkehrssektor zu sichern.

Der Verkehrssektor ist einer der größten Verursacher von Treibhausgasen. Der Transformationsdruck ist damit besonders hoch, auch bedingt durch technologischen Fortschritt und veränderte politische Rahmenbedingungen.

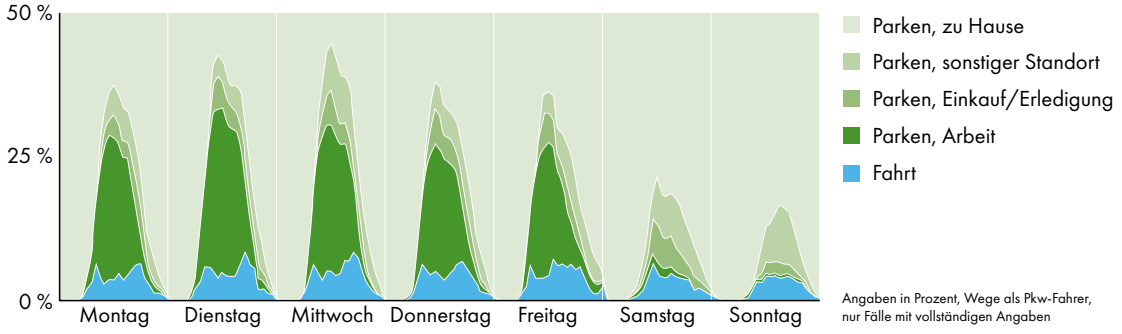
Die Komplexität sowie das notwendige Zusammenspiel von mehreren Branchen und Entscheidungsebenen stellen dabei hohe Anforderungen an die Governance der Transformationsprozesse. Die zielgerichtete Umsetzung der Antriebs- und Verkehrswende erfordert daher eine konsequente Anwendung der vorhandenen technologischen Möglichkeiten und innovativer Konzepte. Hierzu zählen etwa vernetze Mobilitätsplattformen, attraktivere Angebote für den Radverkehr, autonomes Fahren, Infrastruktur für die E-Mobilität oder auch der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien und deren „smarte“ Nutzung. Es braucht einen Paradigmenwechsel weg von einer Automobil-zentrierten Ausrichtung der Infrastruktur hin zu einer intermodalen Mobilität, mit dem ÖPNV im Zentrum. Neben wirtschaftlichen und ökologischen Faktoren muss dabei auch die soziale Teilhabe stets mitgedacht werden.

Zukunftsfähige Verkehrswende

Im Rahmen des GWD-Fachforums Mobilität wurden vier Veranstaltungen im Jahr 2023 umgesetzt. Dazu zählten Expert:innengespräche mit **Nyke Slawik MdB,** stellvertretende Vorsitzende im Mobilitätsausschuss sowie dem Mobilitätsforscher und Verkehrsexperten **Prof. Dr. Andreas Knie** zum Thema Multi- und Intermodalität. Hieraus ist das Positionspapier „Zukunftsfähige Verkehrswende durch multi- und intermodale Mobilitätsangebote" entstanden.

Zum Thema fand auch das Regionalforum NRW unter dem Titel „Verbesserung & Transformation von Verkehr und Logistik im Rheinland" in Köln statt. Die Diskussion drehte sich rund um Fragen zur letzten Meile, Beitrag der Wirtschaft zur Transformation und die Zukunftsfähigkeit des Individualverkehrs. Außerdem gab es Impulse von **Udo Sieverding,** Abteilungsleiter Mobilität der Zukunft im NRW-Landesministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr, **Gisela Kohl-Vogel,** Präsidentin der IHK Aachen, sowie **Wibke Brems,** Fraktionsvorsitzende der Landtagsfraktion der Grünen.

Ebenfalls fand ein Ad-hoc Forum zum Mobilitätsdatengesetz statt. Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) hat die Eckpunkte für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Mobilitätsdatengesetz vorgelegt. Der GWD hat mit der Industrie, Verbänden, Verkehrsverbünden und Verkehrsträgern das Ergebnis evaluiert und Handlungsbedarf identifiziert. Dieser wurde in dem Standpunktpapier „Mobilitätsdatengesetz für einen fairen Wettbewerb" zusammengefasst.

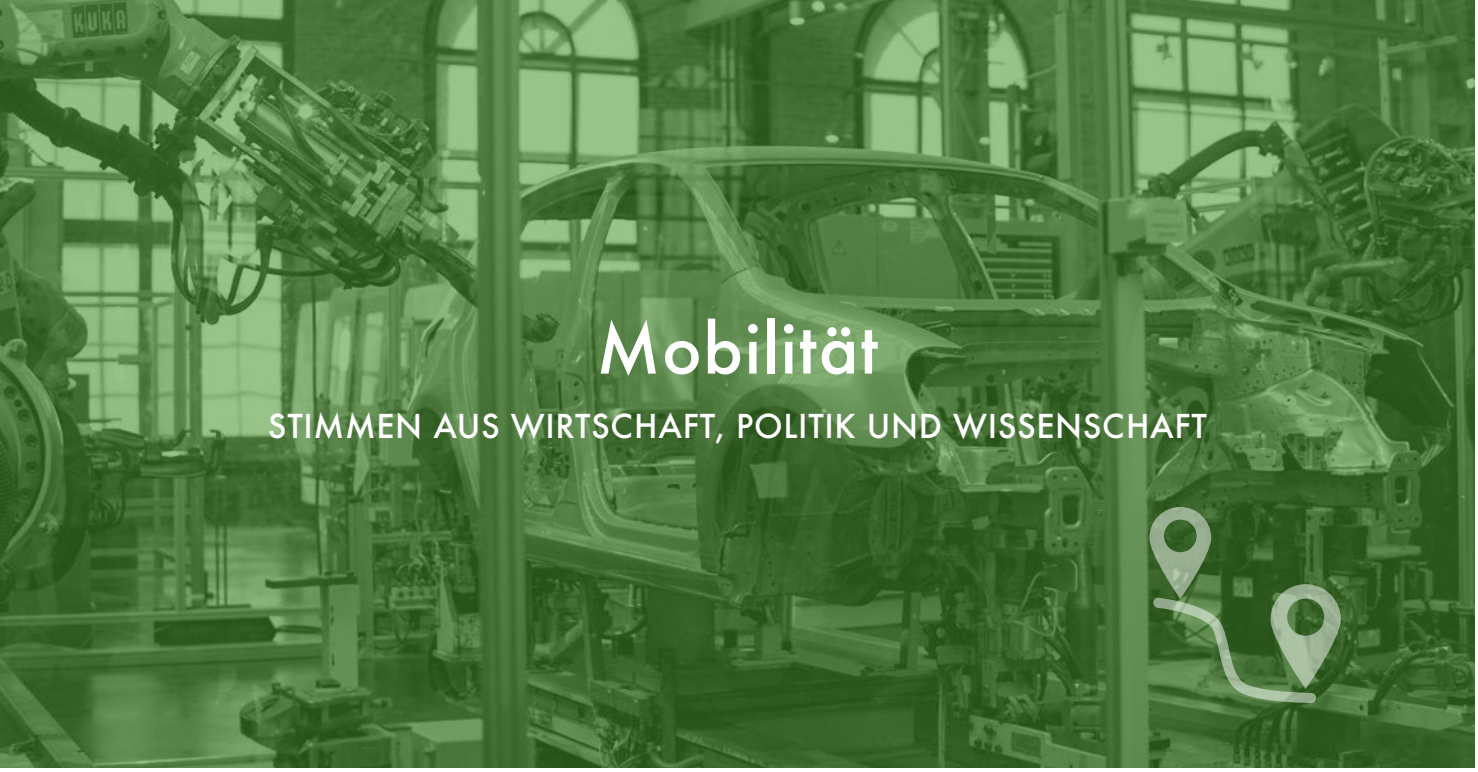


Quelle: BMVI

Das Positionspapier und das Standpunktpapier stehen zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Im Bereich Mobilität werden sich die Fachforen auch 2024 auf Autonomes Fahren und intermodale Verkehrskonzepte fokussieren. Verstärkt wird auch der Güterverkehr via Schiff und Schiene sowie klimaneutrale Schifffahrt im Arbeitsfeld thematisiert.



Mobilität

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

© Leonie Braunschweig

Nyke Slawik MdB

Menschen wollen bequem, günstig, schnell und sicher unterwegs sein. All das kann die Kombination aus ÖPNV, Fahrrad, On-Demand- und Sharing-Angeboten bieten. Mit dem Deutschlandticket sind wir bereits einen wichtigen Schritt in Richtung Mobilitätswende gegangen. Damit wir das Potential des ÖPNV ausschöpfen können, müssen wir jetzt die Rahmenbedingungen für die kombinierte Nutzung verbessern. Deshalb setzen wir uns für eine Verbesserung der Infrastruktur und für mehr sichere Fahrradstellplätze an Knotenpunkten des ÖPNV ein. Außerdem fordern wir mit dem „Mobilpass" eine gute digitale Lösung, die Routenplanung und Ticketing für alle Mobilitätsangebote in einer App vereint.

Stellvertretende Vorsitzende des Verkehrsausschusses,
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Prof. Dr. Andreas Knie

Der heutige öffentliche Verkehr taugt als Rückgrat der Verkehrswende nicht. Er ist eingefangen in ein starres Korsett von Finanzierungsverträgen, die keinerlei unternehmerischen Spielraum erlauben. Unter dem Deckmantel der Daseinsvorsorge wird eine Systemlogik festgeschrieben, die die Gesellschaft längst nicht mehr erreicht.

Mobilitätsforscher und Verkehrsexperte,
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Kathrin Wolf

ubitricity unterstützt die Schaffung eines europäischen Mobilitätsdatenraums, welcher auf einen einfachen Datenaustausch abzielt. Die seitens des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr geforderte kostenlose Bereitstellung von Ladeinfrastrukturdaten geht jedoch über das europäische Ziel hinaus. Es gilt, eine Doppelregulierung zu vermeiden und wettbewerbssensible Daten zu schützen.

Leader of Political Team I European Affair, ubitricity

Dr. Niko Davids

Wir begrüßen das Bestreben der Bundesregierung, mit dem angestrebten Mobilitätsdatengesetz mehr Transparenz und Planungssicherheit zu schaffen. Die neue Regulatorik muss dafür Sorge tragen, dass Innovationstätigkeit und Investitionen in Informationstechnologien weiterhin belohnt werden. Kritisch sehen wir eine womöglich zu weit gefasste Ausgestaltung bei der kostenfreien Datenbereitstellung sowie erhöhte bürokratische Aufwände in der Kundenabstimmung und der Dokumentation.

Chief Digital Officer (CDO) und Head of Innovation, VTG GmbH

Modernes Regieren

1.

Es ist entscheidend, in eine leistungsfähige digitale Infrastruktur zu investieren und verbindliche Standards zu setzen, um die Transformation des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft zu ermöglichen.

2.

Die Politik sollte die Digitalisierung der Verwaltung weiter vorantreiben, indem die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen weiter verbessert sowie bestehende Regelungen wie die Registermodernisierung vollständig umgesetzt werden.

3.

Zudem sollten innovative Instrumente wie Cloud Computing oder KI-Anwendungen vermehrt eingesetzt werden um Flexibilität, Schnelligkeit und Effizienz der Verwaltung zu steigern.

Deutschland hinkt bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung im europäischen Vergleich nach wie vor hinterher.

Dabei ist die Digitalisierung eine Grundvoraussetzung für eine moderne Verwaltung und damit für einen flexiblen und agilen Staat. Es ist von zentraler Bedeutung, Maßnahmen wie die bereits beschlossene Registermodernisierung umfassend umzusetzen. Zudem ist es notwendig, eine neue Kultur der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen etwa im Bereich Technologiekooperationen oder der Vereinheitlichung von Standards zu fördern sowie Instrumente wie Multi-Cloud-Plattformen, KI-Anwendungen oder die Blockchain-Technologie stärker in Verwaltungsprozesse einzubinden. Um hierbei Fortschritte zu erzielen und Expertise zu bündeln, gilt es neue Ansätze und interdisziplinäre Zusammenarbeit auch zwischen Behörden und der Privatwirtschaft zu fördern. Digitalisierung sollte dabei nicht nur als Selbstzweck betrachtet werden, sondern darauf abzielen, Prozesse anzupassen und zu vereinfachen, um die Effizienz und die Nutzerfreundlichkeit für Bürger:innen und Unternehmen zu steigern.

Verwaltungsprozesse transformieren

Ende September wurde im Rahmen des GWD-Fachforums Modernes Regieren über das Thema „Die Digitalisierung der Verwaltung" diskutiert. Impulsgeber:innen bei dieser Veranstaltung waren **Maik Außendorf MdB,** Sprecher für Digitalpolitik der grünen Bundestagsfraktion, **Dr. Martin Hagen,** Staatsrat für Haushalt, Personal und IT beim Senator für Finanzen der Freien Hansestadt Bremen, **Boris von Chlebowski,** Mitglied der Geschäftsführung – Government Relations Director bei Accenture, sowie **Dr. Eva Sonnenmoser,** Mitarbeiterin bei InnoLab_bw. Im Rahmen dieser Veranstaltung, die von der 2. Vorsitzenden des GWD Gabriele C. Klug moderiert wurde, wurden Herausforderungen und Lösungen rund um die Umsetzung der Verwaltungsdigitalisierung diskutiert.

Ausblick

Neue Technologien, Künstliche Intelligenz, Blockchain, 5G und das Internet der Dinge werden eine noch tiefgreifendere Transformation von Verwaltungsprozessen ermöglichen. Dabei wird sich die Verwaltung stärker auf die Bedürfnisse der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft ausrichten. Online-Dienste und Cloud-Dienste müssen verstärkt benutzungsfreundlicher gestaltet werden, um den Zugang zu Informationen und Leistungen zu erleichtern. Der GWD wird diesen Prozess aktiv begleiten und Erfahrungen aus der Praxis mit wissenschaftlicher Expertise verbinden, um die Ergebnisse mit politischen Entscheidungsträger:innen zu diskutieren und abzustimmen.

Modernes Regieren

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK

Maik Außendorf MdB

Mit OZG 2.0 setzten wir den Rahmen einer zeitgemäßen und effizienten Verwaltung für unsere Städte und Gemeinden. Diese Weiterentwicklung ebnet den Weg für unsere Vision einer öffentlichen Cloud, in der Kommunen nahtlos auf wichtige Serviceleistungen zugreifen können und wir letztlich Alle davon profitieren.

Sprecher für Digitalpolitik,
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die öffentliche Verwaltung braucht ein neues Geschäftsmodell: Wir sollten Leistungen dann und dort bereitstellen, wenn sie gebraucht werden, und nicht auf Anträge warten. Dabei muss die Digitalisierung als Mittel angesehen werden, um Prozesse grundlegend zu hinterfragen und zu verbessern, und nicht als Selbstzweck. Die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei diesem enormen Transformationsprozess muss dafür weiter ausgebaut werden – es sind viele Akteur:innen beteiligt, die alle synchronisiert werden müssen.

Staatsrat für Haushalt, Personal und IT beim Senator für
Finanzen der Freien Hansestadt Bremen

Dr. Martin Hagen

Neue Arbeit & Neue Qualifikation

1.

Steigender Arbeitskräftemangel, die grüne Transformation ganzer Branchen und die zunehmende Digitalisierung verlangen nicht nur Zuwanderung, sondern auch greifende Initiativen zur betrieblichen Weiterbildung. Nur so kann der steigende Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften in neuen Arbeitsbereichen gedeckt und der Wandel erfolgreich bewältigt werden.

2.

Um eine Zukunft zu gestalten, in der Diversität als Wettbewerbsvorteil wahrgenommen und eingesetzt wird, braucht es eine aktive Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft. Insbesondere Diversität in Führungspositionen sollte gezielt gefördert werden.

3.

Nicht nur das Familienministerium ist politisch für das Thema zuständig, sondern alle Ressorts müssen an einem Strang ziehen, um langfristige Erfolge, welche sich in Gleichstellung, hoher Beschäftigung von Frauen und guter Kinderbetreuung widerspiegeln, zu verzeichnen.

Um dem akuten Fach- und Arbeitskräftemangel in Deutschland entgegenzuwirken sind lebenslanges Lernen, Umschulungen und Weiterbildungen mehr denn je integrale Bestandteile des Berufsweges.

Angesichts der sich stark verändernden Berufsbilder aufgrund von Digitalisierung, aber auch sich verschiebender Produktionsketten, muss die Zusammenarbeit von staatlichen Institutionen und Unternehmen deutlich intensiviert werden. Zudem muss Deutschland im globalen Wettbewerb um Fachkräfte aus dem Ausland bestehen. Dazu müssen die bürokratischen Rahmenbedingungen grundlegend modernisiert und positive Bedingungen für die Erwerbsmigration nach Deutschland geschaffen werden. Neben Reformen zur Vereinfachung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse sind eine gezielte Aus- und Weiterbildung ausländischer Arbeitskräfte und eine erleichterte Beantragung von Visa wichtige Aspekte.

Fachkräftesicherung im Fokus

Im Rahmen des GWD-Fachforums Neue Arbeit & Neue Qualifikation wurden drei Veranstaltungen im Jahr 2023 umgesetzt. Dazu zählten Expert:innengespräche mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag wie dem Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, **Wolfgang Strengmann-Kuhn MdB** zusammen mit Persönlichkeiten wie **Dr. Siegrun Brink,** Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn, **Frank Büchner,** Qualifizierungsverbund in der Lausitz für Erneuerbare Energien (QLEE), Verbundmanager LEAG sowie **Bernd Grube,** Personalleiter der Powertrain Solutions Division der Robert Bosch GmbH, zum Thema Unternehmerische Initiativen in der Weiterbildung. Hieraus ist das gleichnamige Standpunktpapier „Unternehmerische Initiativen in der Weiterbildung" entstanden.

Es fand zudem ein Dialogformat mit dem Mitglied im Familienausschuss **Nina Stahr MdB** sowie **Marcus Lueger,** Geschäftsführer Finanzen DACH Sanofi-Aventis Deutschland GmbH, zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf statt. Die Ergebnisse aus diesem Fachforum wurden zum Anlass genommen, das 2021 entstandene GWD-Positionspapier „Vereinbarkeit von Familie und Beruf" zu überarbeiten und neu zu veröffentlichen.

Zum Thema Diversität in Führungspositionen führte der GWD einen „GreenTeaTimeTalk" mit der Parlamentarischen Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, **Ekin Deligöz MdB** und **Dr. Philine Erfurt Sandhu,** Programmleiterin der hochschulzertifizierten Weiterbildung „Strategische Kompetenz für Frauen in Aufsichtsräten" an der Berlin Professional School der HWR Berlin, durch. Die aus der Veranstaltung entstandenen Ideen und Handlungsempfehlen sind im Positionspapier „Diversität in Führungspositionen" zu finden.

Das Positionspapier und das Standpunktpapier stehen zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Im kommenden Jahr wird sich das Fachforum weiterhin mit der Bekämpfung des Fachkräftemantels und Erwerbsmigration beschäftigen. Außerdem werden verstärkt die Chancen und Maßnahmen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt betrachtet.

Neue Arbeit & Neue Qualifikation

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

© Sonja Machall

Nina Stahr MdB

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Als Bildungs- und Familienpolpolitikerin arbeite ich an Anreizen und Angeboten für junge Paare sich Sorgearbeit paritätisch aufzuteilen und an einem gesellschaftlichen Klima, das diese Entscheidung unterstützt. Ich sehe hier einen wichtigen Hebel für Gleichberechtigung, Steigerung des Fachkräftepotentials und dem Kampf gegen Altersarmut bei Frauen.

Sprecherin für Bildung und Forschung, Familie und Kinderrechte, Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bernd Grube

Betriebliche Weiterbildung ist einer der zentralen Faktoren für ein erfolgreiches Agieren in einer sich verändernden Arbeitswelt. Die praxisnahe Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten ist ein wichtiger Baustein, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern. Die Politik muss hierfür den erforderlichen Rahmen setzen. Mit einer sinnvollen Arbeitsmarktpolitik und flexiblen Förderinstrumenten kann eine sozialverträgliche Transformation gelingen.

Personalleiter der Powertrain Solutions Division, Robert Bosch GmbH

Marcus Lueger

Wir glauben fest daran, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur ein sozialer, sondern auch ein wirtschaftlicher Vorteil ist. Bei Sanofi setzen wir daher auf aktive Vaterschaft als Grundhaltung und bieten unseren Mitarbeitenden die Möglichkeit, 14 Wochen Familienzeit bei vollem Lohnausgleich zu nehmen, sei es bei Geburt oder Adoption. Insbesondere unsere Väter nehmen dieses Angebot sehr gut an. Dadurch stärken wir nicht nur die Bindung unserer Mitarbeitenden zum Unternehmen, sondern steigern auch unsere Arbeitgeberattraktivität. Im Sinne einer gelebten Corporate Social Responsibility reden wir nicht nur, sondern haben gehandelt.

CFO GSA & Managing Director Finance, Sanofi

Geschlechterquoten haben einen spannenden Professionalisierungseffekt in Gremien. Studien zeigen, dass Frauenquoten im Aufsichtsrats und in Führungspositionen zu einer strukturierteren Personalauswahl führen und dadurch viel stärker auf die Qualifikation geschaut wird. Das Qualifikationsniveau steigt damit insgesamt, mittelmäßige Männer fallen durchs Raster. Insofern könnten wir auch von einer „Professionalisierungsquote" sprechen, die nicht nur Chancengleichheit bringt, sondern auch die Leistungsfähigkeit und Expertise in der Unternehmensführung stärkt.

Programmleiterin „Strategische Kompetenz für Frauen in Aufsichtsräten", HWR Berlin

Dr. Philine Erfurt Sandhu

Rohstoff- & Kreislaufwirtschaft

1.

Um Kreisläufe zu schließen, sollten ambitionierte Mindesteinsatzquoten für die Verwendung von Post-Consumer-Rezyklaten eingeführt werden. Die Verwendung von biobasierten Kunststoffen aus nachhaltiger Gewinnung ist eine fossilfreie Alternative, wenn die Verwendung von Rezyklaten bei kontaktsensitiven Verpackungen herausfordernd ist.

2.

Durch Standardisierung von Formen, Größen und Stoffen sollte die Haltbarkeit, Wiederverwertbarkeit, Nachrüstbarkeit und Reparierbarkeit von Produkten gesteigert werden. Dabei bietet die Förderung und Entwicklung von Poollösungen für diese Prozesse eine Möglichkeit, eine Kreislaufwirtschaft schnell und effizient einzuführen.

3.

Stoffkreisläufe sollten ökologisch hochwertig geschlossen werden, um die Ressourcennutzung an primären Rohstoffen zu reduzieren und den Eintrag an Abfällen in die Umwelt zu vermeiden. Um die Qualität des aus recycelten Materialien hergestellten Produkts zu sichern, sollten Design-for-Recycling-Vorgaben weiter ausgearbeitet und harmonisiert sowie bestehende und neue Recyclingverfahren gefördert werden, die qualitative Verluste im Recyclingprozess minimieren.

Die Etablierung kreislaufwirtschaftlicher Ansätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette ist zentral, um Ressourcenverbrauch mit innovativen Ansätzen zu reduzieren und das Klima zu schützen.

Hierfür bedarf es angemessener Rahmenbedingungen und Anreize, welche die Wirtschaftlichkeit von kreislaufwirtschaftlichen Prozessen gewährleisten, sowie gesetzlicher Vorgaben für die Umsetzung dieser Prozesse. Für fast alle produzierenden Gewerbe und Industrien gilt: Ein regeneratives, vollständig geschlossenes Kreislaufsystem hat das Potenzial, den Ressourceneinsatz und die Abfallproduktion sowie die dadurch anfallenden Emissionen und den Energieinput zu minimieren bei gleichzeitiger Erschließung von neuen Geschäftsmodellen.

Transformation in der Verpackungsindustrie

Das im April 2023 abgehaltene Fachforum Kreislaufwirtschaft drehte sich um das Thema „Die neuen europäischen Verpackungsregelungen" mit einem Fokus auf Abfallvermeidung und Mehrweglösungen, Anforderungen an die nachhaltige Gestaltung von Verpackungen sowie effizientes Abfallmanagement. Als Grundlage der Diskussion dienten die Impulsvorträge von **Stefanie Schäfter,** Referentin für die nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie und Ressourceneffizienz im Bundesumweltministerium (BMUV), **Prof. Dr. Henning Wilts,** Abteilungsleiter Kreislaufwirtschaft des Wuppertal Instituts, sowie **Felix Vogt-Heffinger,** Referent für Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen (BMUV). Anschließend wurde insbesondere über die nationalen und europäischen Vorgaben für Mehrweg und zum chemischen Recycling diskutiert sowie über die Vor- und Nachteile von mechanischem gegenüber chemischem Recycling.

Das Standpunktpapier steht zum Download auf der Homepage des GWD.

Innovationen im Recycling

Im Oktober knüpfte ein weiteres Fachforum Kreislaufwirtschaft mit dem Titel „Die neuen nationalen und europäischen Regelungen zu Verpackungen und Verpackungsentsorgung" an die Ergebnisse an. Thematisch teilte es sich in die Themen Entkopplung von fossilen Ressourcen, Produktdesign und Innovation im Recycling. Hierzu konnten die Impulsgeber **Dr. Alexander Kronimus,** Geschäftsführer und Leiter Klimaschutz und Kreislaufwirtschaft von Plastics Europe, **Stefan Nowicki,** Head of Public Affairs and Government Relations bei Tetra Pak, und **Dr. Volker Glöckner,** Public Affairs and Circular Economy Specialist von ALPLA, interessante Inputs geben. Von politischer Seite durften wir **Malte Gallée MdEP,** Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit begrüßen, der ebenfalls einen spannenden Einblick in das Thema von politischer Seite lieferte. **Prof. Dr. Henning Wilts** moderierte die Veranstaltung.

Ausblick

Auch 2024 wird sich der GWD weiter mit den Herausforderungen und Lösungen einer vollständigen Kreislaufwirtschaft befassen. Insbesondere wird es um zirkuläre Ansätze zur Ressourcenschonung gehen, zudem um nachhaltige Verpackungen und den Technologieeinsatz in der Wiederverwertung gehen.

Rohstoff- & Kreislaufwirtschaft

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT, POLITIK UND WISSENSCHAFT

Malte Gallée MdEP

Das Konzept „Müll" ist an sich überholt in einer Welt von begrenzten Rohstoffen. Eine Kreislaufwirtschaft ist notwendig, um unsere Wirtschaft vom Ressourcenverbrauch zu entkoppeln und damit der Klimakrise – und der Verschmutzungskrise – adäquat zu begegnen. Mehrwegquoten spielen eine wichtige Rolle auf dem Weg dorthin, denn Mehrweg wird aus ökologischer und ökonomischer Sicht umso attraktiver, je mehr Infrastruktur dafür aufgebaut ist. Dafür braucht es eine kritische Masse.

Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament

Stefan Nowicki

Entscheidend für eine funktionierende Kreislaufwirtschaft ist nicht die Wiederbefüllbarkeit einer Verpackung, sondern die Wiedervewertbarkeit der eingesetzten Rohstoffe. Wir brauchen eine sinnvolle Co-Existenz aller Verpackungsoptionen. Speziell in Deutschland ist das bewährte Zusammenspiel von Mehrweg- und Einwegsystemen im Markt aus unserer Sicht essenziell, um eine flächendeckende, effiziente und nachhaltige Lebensmittelversorgung zu gewährleisten.

Head of Public Affairs and Government Relations, Mid-Europe and Poland, TetraPak

Benita von Haugwitz

Die gesamte Kunststoffindustrie ist sich einig, dass wir Kreislaufwirtschaft brauchen und wollen. Viele Unternehmen beschäftigen sich intensiv mit den Chancen und Möglichkeiten und haben bereits gute Lösungen entwickelt. Das Ziel werden wir jedoch nur erreichen, wenn eine Komplementarität aller bereits bestehenden und sich weiter entwickelnden Technologien ermöglicht wird. Eine Politik, die sich den dafür notwendigen Rahmenbedingungen verschließt, bremst die Branche auf ihrem Weg in eine kreislauffähige Zukunft aus.

Senior Specialist Industry Affairs & Environmental Policies, BASF

Die Vermeidung von Verpackungsabfällen bietet zahlreiche ökologische als auch ökonomische Potenziale zur Einsparung von CO2-Emissionen genauso wie von Kosten. Häufig sind entsprechende Ansätze mit einer Erhöhung der Komplexität verbunden – es müssen beispielsweise mehr Akteur:innen einbezogen werden als bei klassischen Einweg-Lösungen. Von daher braucht es regulatorische Impulse, um hier auch Planungssicherheit für entsprechende Investitionen zu geben.
Ein zentraler Ansatzpunkt sind dabei auch Standards und Normen, die gibt es seit langem für die klassische lineare Wirtschaft, für die Kreislaufwirtschaft hingegen noch nicht in ausreichendem Maße. Hier ist hoher Handlungsbedarf erkennbar, wenn die Kreislaufwirtschaft sich auch am Markt durchsetzen können soll.

Abteilungsleiter Kreislaufwirtschaft, Wuppertal Institut

Prof. Dr. Henning Wilts

Security & Defence

1.

Produktionskapazitäten im Verteidigungssektor finanziell nachhaltig ausbauen: Der Sicherheits- und Verteidigungssektor in Europa muss in die Lage versetzt werden, Streitkräfte eigenständig für einen bestimmten Zeitraum mit notwendigem Material und Dienstleistungen in effektiven Stückzahlen zu versorgen.

2.

Systemische Resilienz aufbauen: EU-Staaten sollten resiliente Lieferketten und eine strategische Material- und Ressourcenreserve aufbauen. Produktionskapazitäten müssen weiterhin gegen physische und aus dem Informationsraum stammende Angriffe gesichert sein, auf kritische Ressourcen und eine gesicherte Energieversorgung sowie auf ausgebildetes Personal zurückgreifen können.

3.

Technologiehoheit nutzbar machen: Die Bundeswehr und ihre EU- und NATO-Partner müssen militärisch verwertbare Innovationen gerade im zivilen und Dual-Use Bereich sichtbar und nach Bedarf integrierbar (Spin-In) machen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik hat im Jahr 2023 weiter an Brisanz gewonnen.

Es ist deutlich geworden, dass sich die Bundesrepublik und die Europäische Union sowie unsere strategischen Partner das Fähigkeitsspektrum gesamtstaatlicher Resilienz und Verteidigungsfähigkeiten weiter und umfassender vorantreiben müssen. Dabei ist dennoch wichtig, dass bei der gezielten Entwicklung dieser Fähigkeiten die Kernprämissen demokratisch-verantwortlichen Handels erhalten bleiben.

Ergebnisse Themenfeld-Session

Im Jahr 2023 hat sich das Fachforum SecDef des GWD mit politischen Entscheidungsträger:innen und Verteteter:innen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zu Themen der zukünftigen Bedarfe einer Bundeswehr nach 2035+ sowie den dabei relevanten industriellen Kapazitäten auseinandergesetzt. Klar wurde in diesen Veranstaltungen, dass die Bundesrepublik und ihre strategischen Partner die ganze Bandbreite ordnungs- und wirtschaftspolitischer Freiheiten nutzen müssen und sollten, um im Bereich der Sicherheit und Verteidigung Potenziale zu erhalten und auszubauen.

Eine **wehrhafte Demokratie** erfordert dabei ein Umdenken in der Rüstungspolitik sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Rüstungsindustrie. Die bestehenden ordnungspolitischen Freiheiten und wirtschaftspolitischen Gestaltungsmöglichkeiten müssen maximal genutzt werden.

Weiterhin sollte die vermeintlich klare Trennung zwischen **Friedens- und Kriegswirtschaft** neu bewertet werden, insbesondere angesichts hybrider Kriegsführung strategischer Rivalen. Es brauch Konzepte und Instrumente für die flexible Koordination von Produktions- und Dienstleistungskapazitäten in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.

Konkrete Impulse aus den Sessions beinhalteten dabei so diverse Themen wie die Stärkung von Kosten als zentrales Designelement, die verstärkte Nutzung von Offset, die Einführung eines Lizenzsystems für kritische Rohstoffe, die Anpassung des Sicherheitsüberprüfungsverfahrens sowie die Vereinfachung von Zertifizierungsverfahren. Zudem wurde durchgehend die Förderung von Experimenten und Prototyping in der Grundlagenforschung betont.

Das Positionspapier steht zum Download auf der Homepage des GWD.

Ausblick

Für das Jahr 2024 wird das Fachforum SecDef einen besonderen Fokus auf die Themenfelder Informationshoheit und Cybersicherheit, Künstliche Intelligenz sowie Kritische Infrastruktur legen. Verteidigungspolitische Betrachtungsweisen werden dabei um Aspekte der gesamtstaatlichen Sicherheit (innere Sicherheit, Bevölkerungsschutz, Wirtschaftsschutz, etc.) erweitert.

Security & Defence

Die deutsche Sicherheitspolitik ist mehr als Militär und Diplomatie. Die Nationale Sicherheitsstrategie wird daher einem integrierten Sicherheitsansatz folgen, denn nur mit umfassenden Antworten können wir den komplexen Risiken unserer Zeit erfolgreich begegnen.

Director Policy Planning – Leiter Planungsstab, Auswärtiges Amt

Michael Scharfschwerdt

Sustainable Finance

1.

Nachhaltigkeitsberichterstattungen stellen eine große Chance für die ökologisch-soziale Transformation der Wirtschaft dar. Um eine effektive Umsetzung zu ermöglichen, sind klare Richtlinien für die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten wichtig, um den Bürokratieaufwand für Unternehmen zu minimieren und ein Level-Playing-Field zu schaffen.

2.

Die Frage der nachhaltigen Anlagestrategie muss eine zentrale Rolle spielen. Heute sollte bei der Anlagestrategie des Generationenkapitals ein ambitionierter Standard angestrebt und ein wirksamer Rahmen gesetzt werden.

3.

Es bedarf einer Reform der privaten Altersvorsorge. Die Empfehlungen der Fokusgruppe Altersvorsorge gilt es nun zügig in einem Gesetzesentwurf aufzugreifen, um die dringend benötigte Reform noch in dieser Legislaturperiode zu realisieren.

Der Finanzsektor spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der ökologisch-sozialen Transformation – sei es im Hinblick auf die Bereitstellung von privatem Kapital zur Transformationsfinanzierung, vor allem für den Mittelstand, die Standards für Green Investments oder die Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Darüber verlangt der fortschreitende demografische Wandel Reformen im Bereich der Altersvorsorge. Um eine Stabilisierung des Rentenniveaus langfristig sicherstellen zu können, bedarf es einer grundlegenden Reform des Systems, die sowohl den demografischen Wandel als auch die veränderten Erwerbsbiografien berücksichtigt.

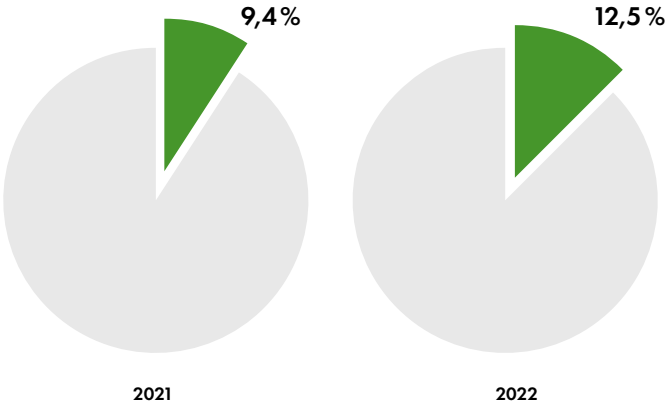
Nachhaltige Altersvorsorge im Fokus

Gemeinsam mit **Kristina Jeromin,** Geschäftsführerin des Green and Sustainable Finance Clusters Germany und Mitglied des Sustainable Finance Beirats der Bundesregierung, sowie dem Mitglied des Finanzausschusses **Stefan Schmidt MdB** wurde am 11. März über die Anlagepolitik des geplanten „Generationenkapitals" bzw. der „Aktienrente", diskutiert. Besonders die Nachhaltigkeit der Rentenmodernisierung stand im Fokus beider Impulse und der anschließenden Diskussion.

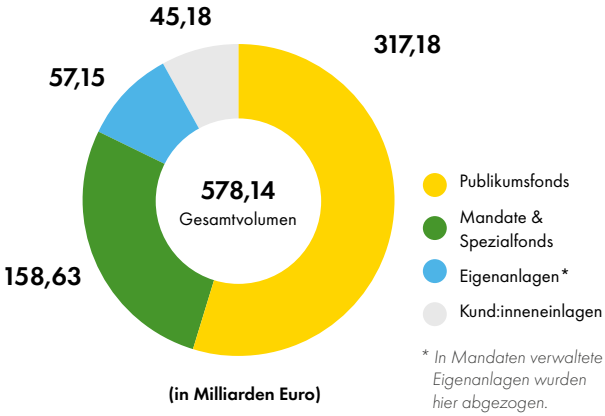
Im April 2023 kam das Fachforum erneut zum Ad-hoc Meeting mit der Fragestellung „Was treibt die Kapitalmärkte? Ein Blick auf die Zinsen, Nachhaltigkeit und Unsicherheitsfaktoren" zusammen. Im Rahmen dessen diskutierten die Teilnehmer:innen unter Moderation von GWD-Vorstandsmitglieds **Bernd Geilen** über die aktuelle Lage der Finanzmärkte. Impulsgeber **Dr. Moritz Kraemer,** Chefvolkswirt bei der Landesbank Baden-Württemberg, gab dabei seine Einschätzung zur Effektivität von ESG-Ratingagenturen ab, zeigte die Position von Unternehmen in der Transformation hinsichtlich finanzieller und personeller Aspekte auf und äußerte sich zur finanziellen Sicherheit im Euroraum.

Das im November abgehaltene Fachforum Altersvorsorge mit dem Titel „Empfehlungen der Fokusgruppe: Meilenstein oder Placebo?" behandelte die im Juli veröffentlichten Empfehlungen der Fokusgruppe private Altersvorsorge der Bundesregierung. **Dorothea Mohn,** die Leiterin des Teams Finanzmarkt beim Verbraucherzentrale Bundesverband, und **Dr. Elmar Dönnebrink,** Referatsleiter Tragfähigkeit, Demografie, Alterssicherung im Bundesministerium der Finanzen, waren hierbei als Impulsgeber:innen zu Gast.

Anteil nachhaltiger Geldanlagen am Gesamtmarkt



Nachhaltige Geldanlagen 2022



* *In Mandaten verwaltete Eigenanlagen wurden hier abgezogen.*

Quelle: FNG – Forum Nachhaltige Geldanlagen

Ausblick

Die Aktivitäten des GWD im Bereich Sustainable Finance werden 2024 erweitert. Dabei soll es weiterhin um die Zukunft der Altersvorsorge gehen aber auch um Nachhaltigkeitsberichterstattung und um den Digitalen Euro.

Sustainable Finance

STIMMEN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK

© Deutscher Bundestag / Inga Haar

Stefan Schmidt MdB

Bei einem Projekt wie dem Generationenkapital, bei dem es um eine faire Lastenverteilung zwischen den Generationen geht, muss die Frage der nachhaltigen Anlagestrategie eine zentrale Rolle spielen. Eine kurzfristige Rendite mit fossilen Energien, die langfristig mit hohen Risiken verbunden sein kann, kann hier nicht der Weg sein. Wir müssen bei der Anlagestrategie des Generationenkapitals einen ambitionierten Standard anstreben und einen wirksamen Rahmen setzen.

Mitglied des Finanzausschusses,
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Moritz Kraemer

Ein erneutes Aufflammen einer Eurokrise ist derzeit nicht zu befürchten. Auch weil seit der Eurokrise 1.0 verschiedene Krisenbekämpfungsmechanismen dazugekommen sind. Das beruhigt die Investor:innen. Das größte Risiko bleibt Italien. Glücklicherweise hat sich Meloni (noch?) nicht auf größere finanzpolitische Abenteuer eingelassen. Sie weiß, dass der größte Teil der Gläubiger:innen des italienischen Staates in Italien residieren: ihre Wählerinnnen und Wähler. Also: nessun esperimento!

Chefvolkswirt, LBBW

Um die private Altersvorsorge für Bürgerinnen und Bürger attraktiver zu gestalten, spielen die Kosten in der aktuellen Diskussion eine große Rolle. Um Kosten gering zu halten, bedarf es flexible Rahmenbedingungen anstatt starre Vorgaben wie z. B. komplizierte Fördersysteme, Garantievorgaben oder überbürokratische Zertifizierungen.

Gruppenleiterin Public Affairs, Leiterin Verbindungsbüro Berlin, Vorstandsstab, Union Asset Management Holding AG

Pascalina Cropp

Dorothea Mohn

Um das Vertrauen der Bevölkerung in die ergänzende private Altersvorsorge zurück zu gewinnen ist ein Systemwechsel dringend nötig: Es bedarf einer gut gesteuerten Kapitalanlage mit hohem Renditenpotential für Alle bei niedrigen Kosten. Der Zugang sollte leicht und kostengünstig per Opt-out über die Arbeitgeber erfolgen.

Leiterin Team Finanzmarkt, Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

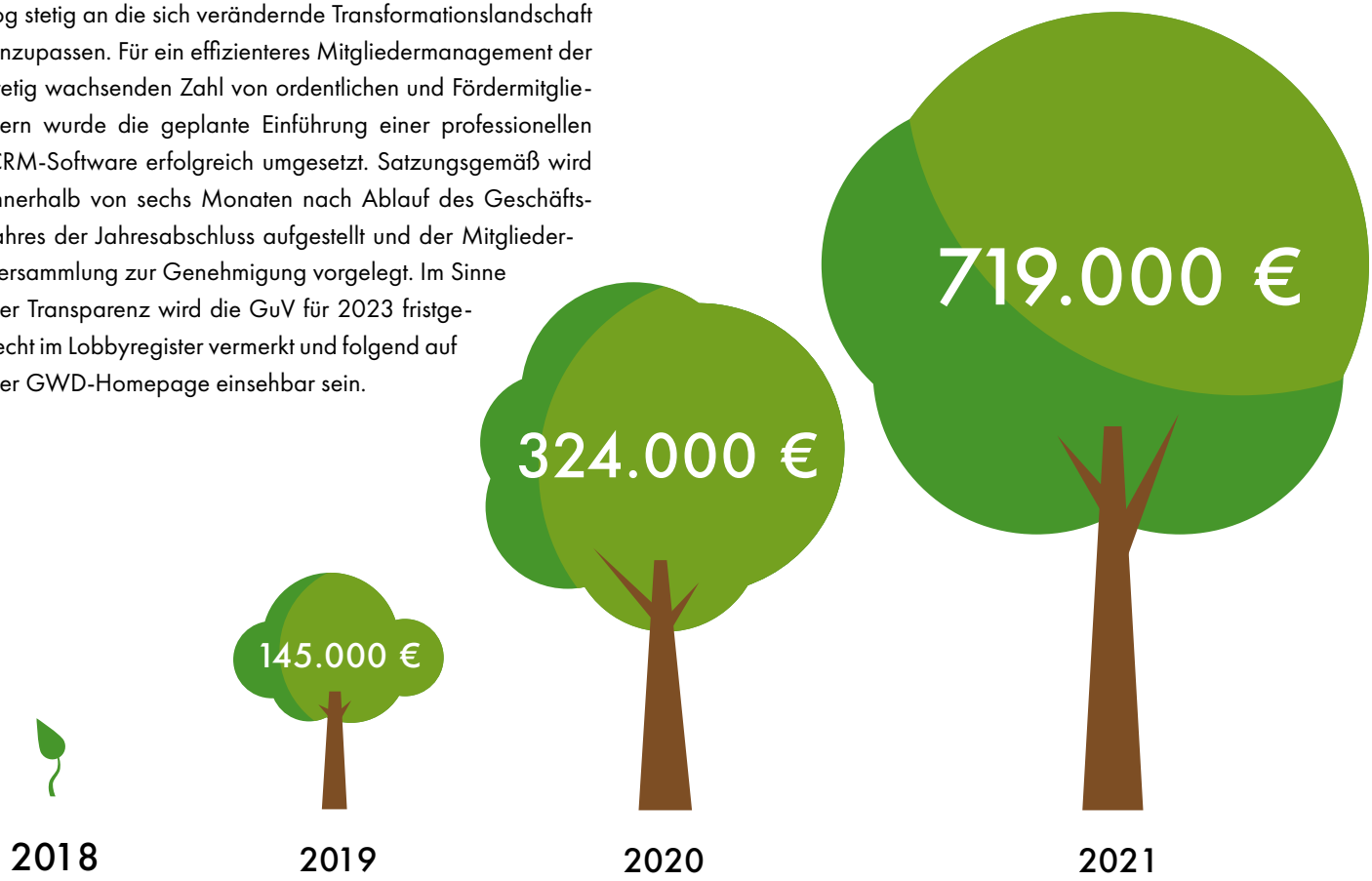
Entwicklung und Ausblick

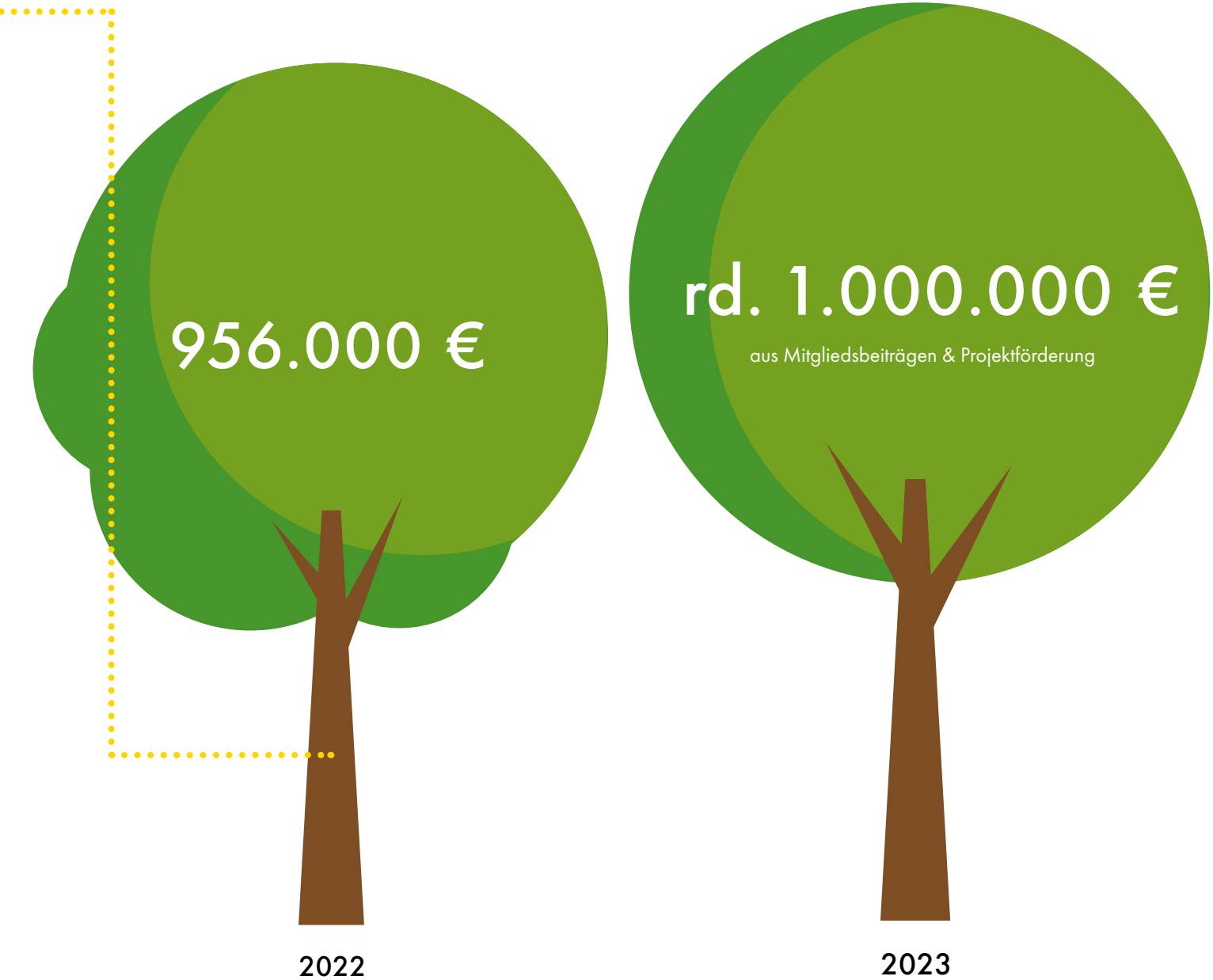
Stabiles finanzielles Wachstum

Auch im Jahr 2023 ist das Budgetvolumen des GWD durch eine weiterhin steigende Mitgliederzahl und durch Projektfördermittel gewachsen. Dies hat den Handlungsspielraum für die inhaltliche Arbeit des GWD weiter vergrößert und sich in einer deutlich erhöhten Anzahl von Veranstaltungen geäußert. Diese wurden sowohl in Präsenz als auch als hybride oder reine digitale Konferenzen durchgeführt. Darüber hinaus wurden neue Themenfelder aufgenommen, um den Dialog stetig an die sich verändernde Transformationslandschaft anzupassen. Für ein effizienteres Mitgliedermanagement der stetig wachsenden Zahl von ordentlichen und Fördermitgliedern wurde die geplante Einführung einer professionellen CRM-Software erfolgreich umgesetzt. Satzungsgemäß wird innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres der Jahresabschluss aufgestellt und der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorgelegt. Im Sinne der Transparenz wird die GuV für 2023 fristgerecht im Lobbyregister vermerkt und folgend auf der GWD-Homepage einsehbar sein.

Aus der GuV 2022

Mitgliedsbeiträge	956.195 €
Sonstige Erträge	25.788 €
Aufwand	1.057.668 €
Ergebnis	-75.685 €
Gewinnvortrag aus 2021	191.431 €
Bilanzgewinn	115.747 €




956.000 €
2022
rd. 1.000.000 €
aus Mitgliedsbeiträgen & Projektförderung
2023

Fördermitglieder

50hertz
abbvie
accenture
AIRBUS
Allianz
ALPLA
BASF
We create chemistry
bauverein AG
BNP PARIBAS
Boehringer Ingelheim
Boerse Stuttgart Group
bp
DKB
Deutsche Kreditbank AG
Doctolib
DWS
DND
Dynamit Nobel Defence
Edenred
fritz-kulturgüter
Fuchs & Cie.
GETEC
Hamburger Energiewerke
H2E
IBERDROLA
LANDWÄRME
LEIPFINGER BADER
Ziegelwerke
Eine Entscheidung für's Leben
Lilly
LOGIPACK
L'ORÉAL
AUSTRIA • GERMANY
Microsoft
Pfizer
PHILIP MORRIS GMBH
Qualcomm
R+V
Du bist nicht allein.
raisin
REEMTSMA
SCHWARZ
SIEMENS
SIGNAL IDUNA
sky
speira
SwissLife
VAILLANT GROUP
VTG
Xella

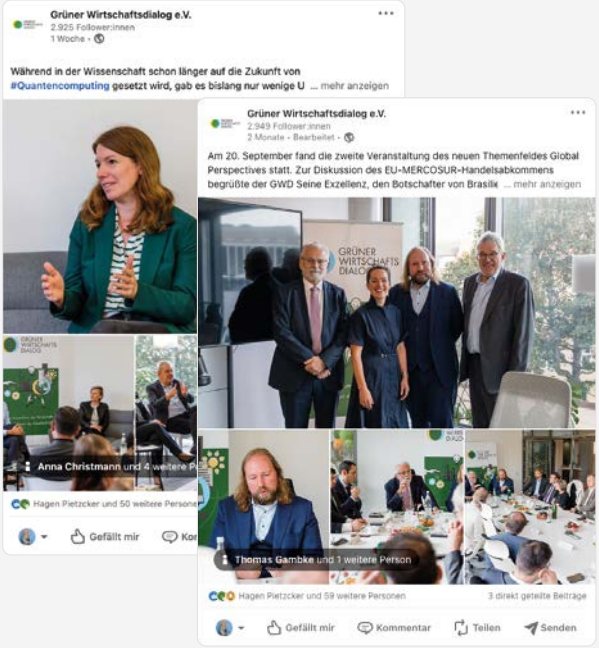
93 FÖRDERMITGLIEDER + 71 ORDENTLICHE MITGLIEDER

Stand: November 2023

Entwicklung Öffentlichkeitsarbeit

Der übergeordnete Schwerpunkt der Öffentlichkeits- und Presseabteilung lag 2023 auf der Modernisierung des **Corporate Designs (CD).** Zunächst wurden grundlegende grafische Elemente aufgefrischt und verschlankt. Hinzu kamen eigens für den GWD geschaffene **neue Icons** zu den nun zwölf Arbeitsfeldern, die in allen Kommunikationskanälen, Publikationen sowie weiteren Werbematerialien für Wiedererkennungswert und Überblick sorgen.

Sichtbar wurde das neue CD als erstes durch die bereits seit Mitte 2022 in Vorbereitung befindliche Neugestaltung und -strukturierung der **GWD-Homepage.** Kern ist die systematische Übersicht über die Arbeitsfelder, die der Entwicklung des GWD angepasst wurde und die neue Struktur widerspiegelt. Zudem wurde ein schlankeres Design und eine intuitivere Auffindbarkeit der verschiedenen Veranstaltungen, Formate, Veröffentlichungen und Berichte umgesetzt.



Zu den Publikationen

Den stark gestiegenen Aktivitäten der Programmabteilung wurde durch die Aktualisierung des bereits bestehenden Formats **GWD-Positionspapier** sowie der Einführung des neuen Publikationsformats **GWD-Standpunkts** entsprochen: Die Kernpunkte der thematischen Arbeit werden hier in einheitlichem und zielgruppengerechtem Format kurz und prägnant auf einer Seite darstellt.

Der **Newsletter** wurde ebenfalls nach dem neuen Design umgestaltet, mit erweiterter Darstellung unserer Veranstaltungen und besserer Information über geplante Aktivitäten.

Auch die **Social-Media-Arbeit mit LinkedIn** als wichtigstem Kommunikationskanal wurde inhaltlich und qualitativ erweitert und neugestaltet. Ein erheblicher Zuwachs an LinkendIn-Follower:innen sowie deutlich gestiegene Zugriffe zeigen die hohe Akzeptanz der Arbeit und ihrer Darstellung auf diesem Wege.

In 2023 durfte sich der GWD zudem über eine weiter gestiegene **Präsenz in der Presse** freuen, vor allem in der **Fachpresse** bzw. **Fachnewslettern.** Zudem kamen wichtige Köpfe des GWD in **Namensbeiträge** in verschiedenen Presseorganen zu Wort.

Nicht zuletzt konnte wieder durch zwei hochkarätig besetzte **GreenTeaTimeTalks** zu arbeitsfeldübergreifenden Themen (siehe S. 44 und 78) sowie das zum Jahresabschluss stattfindende **GreenCrunchDinner,** diesmal mit inhaltlichem Vorprogramm, die thematische Breite des GWD der interessierten breiteren Öffentlichkeit präsentiert werden.

Der 1. Transformationskompass

Eine Kooperation des GWD mit dem Institut der deutschen Wirtschaft

Gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat der GWD im Frühjahr dieses Jahres die erste Ausgabe des **Transformationskompasses** präsentiert, u. a. unter Mitwirkung des Direktors des IW, Prof. Dr. Michael Hüther. Es handelt sich dabei um eine Studie, die aus einer eigens angefertigten Indikatorik und einer Unternehmensbefragung besteht und den **Stand der Transformation deutscher Unternehmen** abbilden soll. Als Forschungsperspektive dienen vier Dimensionen der umfangreichen Transformation der Wirtschaft: **Digitalisierung, Dekarbonisierung, Demografie** und die Veränderung der **internationalen Verflechtungen.** Es wird aufgezeigt, dass das Zusammenspiel dieser Dimensionen von zentraler Bedeutung für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation ist. Ziele und Richtung sind damit klar vorgegeben, wesentliche Weichen wie der 2020 verabschiedete Green Deal der Europäischen Kommission, der den Weg zum ersten klimaneutralen Kontinent bis 2050 markieren soll, wurden bereits gestellt. Doch nicht alle der zum jetzigen Zeitpunkt verabschiedeten Maßnahmen zahlen in gleicher Weise auf das Erreichen der Transformationsziele ein. Zudem variieren Chancen und Risiken der Auswirkungen des Transformationsprozesses je nach Branche und Unternehmen.

IW

GRÜNER WIRTSCHAFTS DIALOG

Transformationskompass

Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Deutschland

Malte Küper / Dr. Thilo Schaefer / Edgar Schnitz

Auftraggeber:
Grüner Wirtschaftsdialog
Dorothenstr. 3, 10117 Berlin

Köln, 30.03.2023

Gutachten

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Der Transformationskompass steht zum Download auf der Homepage des GWD.

Der Transformationskompass gibt dafür eine Orientierung. Er blickt zunächst auf die Fortschritte bei den Rahmenbedingungen anhand ausgewählter Indikatoren in den vier Dimensionen. Herzstück des Transformationskompasses sind die Ergebnisse einer Befragung von Mitgliedern der Geschäftsführung aus knapp 1.000 Unternehmen, die ihre Perspektiven auf die jeweiligen Herausforderungen, Chancen und Hemmnisse beleuchtet. Daraus lassen sich der Stand des Fortschritts sowie eindeutige Handlungsanweisungen für die politischen Akteur:innen ableiten. Es ist geplant, diese Kooperation mit dem IW fortzuführen und in regelmäßigem Turnus den Fortschritt der Transformation zu prüfen und Handlungsbedarfe aufzuzeigen.

Dialog ist das A und O

Ausblick

Dialog bedeutet Offenheit, aufeinander zugehen, Gegenpositionen und ungemütliche Kontroversen aushalten und abmildern. Verständnis und Vertrauen herstellen – das ist unsere Aufgabe. Dabei ist klar: Wir können, wollen und müssen noch besser werden! Wenn ich mir die aktuellen Kontroversen und teils heftigen Debatten ansehe, möchte ich sagen: Die Lage wird von vielen – auf allen Seiten! – noch nicht richtig erkannt. Für uns folgt daraus: Es gibt weiterhin einen riesigen Bedarf an Dialog und Austausch zwischen Wirtschaft und grüner Politik. So ist unser Auftrag aktueller denn je, deshalb stehen unsere Formate allen offen, die sich glaubhaft der Transformation verpflichtet fühlen und auf den Weg machen, egal, wie weit das jeweilige Unternehmen damit bereits ist.

Und wenn jetzt jemand sagt „Nicht nur reden, sondern auch machen", dann sage ich: absolut richtig. Da, wo miteinander gesprochen wird und der Dialog Ergebnisse bringt, kann jetzt auch umgesetzt werden. Das zeigt sich unter anderem darin, dass die Resultate und Handlungsempfehlungen aus unseren Fachforen von der Politik wahrgenommen werden und in Entscheidungsprozesse einfließen.

Dialog ist das A und O – dafür stehen unsere Mitglieder, dafür steht das Team des GWD.

Die in den ersten fünf Jahren entwickelte Organisationstruktur, das stabile Wachstum bei Finanzen und Mitgliederzahl sowie die kontinuierliche Personalentwicklung bilden das Fundament, mit dem wir nun zielstrebig ins nächste Jahr starten – verlässlich und vertrauensvoll wie immer, dabei offen für Neues und bereit für alle Entwicklungen, die unsere Sache voranbringen. Dafür bin ich Ihnen und allen Menschen beim GWD dankbar und freue mich, mit viel positiver Energie unsere wichtige Aufgabe, die Dekarbonisierung und die Transformation zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft in 2024 weiter erfolgreich voranzutreiben!

KATHARINA KRÜGER
Geschäftsführerin

Quellenverzeichnis

S. 30: BNP Paribas Real Estate GmbH: Investmentmarkt Green Buildings 2023
Immobilien-Investmentmarkt Green Buildings 2023 | BNP Paribas Real Estate [17.11.23]

S. 56: neosfer: Koch, Christina: Ein neuer Ansatz für nachhaltige Lieferketten – Treiber und technologische Innovationen
https://neosfer.de/ein-neuer-ansatz-fuer-nachhaltige-lieferketten/[17.11.23]

S. 68: infas, DLR, IVT und infas 360 (im Auftrag des BMVI): Mobilität in Deutschland, 2018, S. 77
https://www.mobilitaet-in-deutschland.de/archive/pdf/MiD2017_Ergebnisbericht.pdf [17.11.23]

S. 95: FNG – Forum Nachhaltige Geldanlagen: Marktbericht Nachhaltige Geldanlagen 2023 – Deutschland und Österreich, S. 16 und 17
https://www.forum-ng.org/fileadmin/Marktbericht/2023/FNG_Marktbericht2023_Online.pdf [17.11.23]

Bildnachweise

S. 4, 13, 98 © Hans-Christian Plambeck Photography; S. 10, 17, 36, 37, 45 (unten), 50, 57 (oben), 79, 106, 107, 108 © Juliane Dunkel; S. 22, 60 © unsplash/maxboettinger; S. 24 © Chris Eberhardt; S. 25 (rechts) © Daniela Hillbricht; S. 26 © unsplash/sanderweeteling; S. 28 © iStock/goir; S. 32 © iStock/Mihail Dechev; S. 34 © unsplash/sigmund; S. 40 © pixabay/jwvein; S. 42 © unsplash/eli_from_prague; S. 44 (links) © Lilium GmbH; S. 46, 52 © iStock/gorodenkoff; S. 48 © unsplash/paultalbot; S. 51 © Sascha Krautz; S. 54 © unsplash/ventiviews; S. 58 © unsplash/rparmly; S. 62 © SEEDHOUSE ACCELERATOR GmbH; S. 63 (oben) © Christine Vinçon; S. 64 © pixabay/fotos1992; S. 66 © unsplash/markusspiske; S. 70 © unsplash/Lenny Kuhne; S. 72 © unsplash/ivan-sumlikin; S. 75 © shutterstock/pixelklex; S. 76 © pixabay/Simon; S. 80 © pixabay/Hermann; S. 82 © pixabay/milivigerova; S. 86 © pixabay/Hans; S. 88 © unsplash/gabiontheroad; S. 91 © shutterstock/TebNad; S. 92 © unsplash/alpridephoto; S. 96 © iStock/number1411

V. i. S. d. P.

Grüner Wirtschaftsdialog e.V.
Dr. Thomas Gambke
Dorotheenstr. 3, 10117 Berlin

T: +49 30 2868 3434
E: info@g-wd.de

Redaktion
Anna Cebotareva | Hagen Pietzcker | Larissa Zappe

Layout
Franziska Feldmann

Der Grüne Wirtschaftsdialog e.V. ist registrierter Interessenvertreter und unter Registernummer R001392 im Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen. Er unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des Lobbyregistergesetzes und ist der Transparenz und Integrität der Lobbyarbeit verbunden.

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier („Circlesilk Premium White") aus nachhaltiger Forstwirtschaft, zertifiziert mit EU-Ecolabel, mit Bio-Dispersionslack auf Wasserbasis. Mit mineralölfreien Druckfarben und CO2-neutral produziert.

Das Know-how der Wirtschaft.

Zum Nutzen der Gesellschaft.

gruener-wirtschaftsdialog.de